

# Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung in Folge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Janowitz 6909. Postcheckkonto Berlin Nr. 40460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 309 A

BERLIN • Sonntag, den 29. Januar 1933

2 JAHRGANG

## Hitler als Reichskanzler. Heraus zur gemeinsamen Aktion!

### Schleicher gestürzt. / Hitler auf dem Marsch.

Wer, Schleicher war am Sonnabend mittag bei Hindenburg zum Vortrag über die politische Lage. Im Laufe der Unterhaltung hat er dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Hindenburg hat es angenommen und ihn mit der vorläufigen Führung der Geschäfte beauftragt.

Schleicher hatte vom Reichspräsidenten die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages verlangt. Hindenburg glaubte jedoch, bei der augenblicklichen politischen Lage nicht in der Lage zu sein, ihm diese Vollmacht zu geben.

Im Anschluß an den Besuch Schleichers bei Hindenburg empfing dieser Herrn von Papen und beauftragte ihn, festzustellen, wie die anderen politischen Parteien die Lage ansähen. Es verlautet in unterrichteten Kreisen, daß Papen schon sehr bald Hindenburg vorschlagen wird, Adolf Hitler mit dem Kanzlerposten zu betrauen.

Diese Meldung kommt für Menschen mit offenen Augen und Ohren nicht überraschend. Herr von Schleicher war für die Herren des Großgrundeigentums nicht gefügig genug — um ein schärferes Wort hier zu vermeiden.

Vorausgegangen waren seit langem die Wühlereien der Ostelbier bei Hindenburg gegen die Regierung.

Das Präsidium des Reichs-Landbundes, dessen Vertretern neulich wegen ihrer aggressiven Entschließung gegen die Regierung von Hindenburg und von der Reichsregierung der Stuhl vor die Tür gesetzt worden ist, hatten an Hindenburg ein Telegramm geschickt:

„Unter den zum Siedlungsausschuß des Reichskabinetts zugezogenen Sachverständigen befinden sich neben überwiegend Vertretung finanzieller Interessentengruppen weder erfahrene Siedler noch Vertreter der Gesamtlandwirtschaft. Die offensichtliche Uebergangung dieser in erster Linie beteiligten Kreise macht jedes Vertrauen auf eine von der Reichsregierung derartig gehandhabte Behandlung der nationalpolitisch und bevölkerungspolitisch für den deutschen Osten ungeheuer wichtigen Siedlungsfrage unmöglich.“

Schleicher, der die Osthilfe-Skandale ruhig hat erörtern lassen, und der damit die Betrüger im Osten maßlos geärgert hat, ist man also los, wenigstens aus der Öffentlichkeit. Nun geht es darum, den Reichstag los zu werden, oder wenigstens seine Versuche, die Regierung zu kontrollieren und ihr Schwierigkeiten zu machen. Auch hier wird schon Vorarbeit geleistet:

Das Präsidium der „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ erläßt folgende Erklärung: Mehr als je wird unser Volk zerrissen durch machtpolitische Kämpfe zwischen Regierung und Parteien. Diese Kämpfe bessern aber weder unsere außenpolitische Lage noch die wirtschaftliche Verzweiflung vieler Millionen Volksgenossen. Die Entfaltung eines neuen Wahlkampfes würde eine völlige Verknüpfung unserer bedrohlichen Lage bedeuten. Wir fordern daher Führung, Einigung und sachliche Arbeit.

#### Hindenburg so! beim Faschieren helfen.

Die Tendenz ist also klar: Hindenburg soll müde gemacht werden durch diese Äußerungen des „Volkstums“ (des „vaterländischen“, versteht sich!). Er soll also überzeugt werden, daß ein anderer Schritt „zur Rettung des Volkes“ als die Ausschaltung des Reichstags nicht möglich ist. Dann soll unter Hindenburg das Regieren gegen das Volk losgehen — so wünscht es sich die ganze Hugenberg-Garde der Barone von echtem Schlot und Korn. Und wenn sich dann einer gegen eine solche Faschisierung wehrt, dann — vergreift er sich an Hindenburg und an den „heiligsten Gütern der Nation“, wie die verlogenen Burechen dann heucheln werden.

Offenbar hat man mit Erfolg in die Reihe derer, die Hindenburg „bekehren“ sollen, seinen Sohn, den Obersten von Hindenburg, eingespannt, dem man schon einen erheblichen Anteil am Sturz Brünnings, dieses „Siedlungsbolschewisten“ nachsagt, der auch gerade dann stürzte, als er den Herren im Osten einen — wenn auch nur verschwindend kleinen — Teil der Sorgen um „das deutsche Volk“ aufhalsen wollte.

### Hitler—Hugenberg—Landbund—Reichswehr.

Es erweist sich also, wie richtig seinerzeit die Parole des „Funken“ gegen Hindenburg war, die uns vier Wochen unfreiwillige Muße gekostet hat. Gerade wenn Hindenburg die jetzt planmäßig von der Rechten voranlancierte Diktatur: Hitler—Hugenberg—Landbund—Reichswehr einsetzt, wird der Kampf gegen diese Diktatur schwerer als wenn sie sich durch offenen Putsch hätte konstituieren müssen. Deshalb auch die Anbiederung der Rechten an ihn. Im Grunde zwar ist ihnen seine mit vielerlei Gewissenskrupeln behaftete Denkweise nicht recht

— denn wenn einer kein Gewissen hat, dann sind das des deutschen Volkes Ostelbier.

Sie haben ihn das auch oft merken lassen: Hindenburg ist ja nicht einmal ihr

Kandidat bei der jüngsten Reichspräsidentenwahl gewesen (da hoben ihn Arbeiter auf den Schild, deren Führer sich zwar Marxisten nennen, die aber in Verleugnung aller marxistischen Erkenntnis glaubten, das Schicksal einer Klasse an eine Person, und noch das Schicksal der Arbeiterklasse an die Person eines Exponenten der feindlichen Klasse hängen zu dürfen). Wie gesagt also: Die Rechte steckt sich im Augenblick gern hinter Hindenburg, um so weit wie möglich ihre „Staatsnotstandsaktionen“ zu legalisieren.

#### Vorschau auf neue Regierungstaten.

Immer enger zieht sich die Schlinge um den Hals der Arbeiterschaft:

Hitler Reichskanzler, Burgfrieden, Verbot von Streiks politischer Art, verschärfte „Landesverratsparagrafen“, Militarisierung der Jugend, Verbot linker Organisationen — und der Terror einer wüsten Meute gegen jeden, der hiergegen angeht.

#### Vorwärts und nicht vergessen!

„Nur wer im Stande ist, eine Situation mit ihren Einzelheiten in der Phantasie vorauszu erleben, die möglichen Wirkungen einer bestimmten Handlung nach allen Seiten hin zu übersehen, kann die Vorkehrungen treffen, um den Endeffekt herbeizuführen, den er bezweckt.“

„Realistische Phantasie“, wie Nelson dies Vermögen nennt, muß man innerhalb der Arbeiterschaft erwecken.

Nur wer sich die Ungeheuerlichkeiten des Faschismus vorstellt, kann ermessen, was er zu verlieren hat,

und an welchem Verlust er darüber hinaus verantwortlich beteiligt ist: An dem Verlust des Fortschritts, den Generationen von Genossen vor ihm erkämpft haben, eines Fortschritts in Richtung auf den Sieg von Recht, Freiheit und Kultur. Vor den Feinden dieses Fortschritts die Waffen strecken, ist eine geradezu schimpfliche Angelegenheit. Und es bedeutet, die Waffen zu strecken, wenn man die, die man besitzt, nicht benutzt trotz der drohenden Gefahr. Die Waffe der Arbeiterschaft ist ihre Geschlossenheit, ist ihre Solidarität. Diese Solidarität muß sich jetzt, bei der bevorstehenden Ernennung Hitlers zum Kanzler endlich in einer vereinigten Arbeiterschaft zeigen, vereint im Kampf gegen diesen Verherrlicher des Arbeitermordes, wie er sich z. B. bei den Mordern von Potempa gezeigt hat. Sie muß sich zeigen in einem gemeinsamen Schritt aller Arbeiter gegen diesen notorischen Arbeiterfeind und seine Berufung zum Kanzler. Trotz aller trennenden Unterschiede:

„Vorwärts, und nicht vergessen,  
worin unsre Stärke besteht  
beim Hungern und beim Essen:  
Die Solidarität!“

#### Hitler, Hugenberg und Kaas

unterhalten sich weiter. Vorläufig sind sie allerdings noch nicht ganz einig, was schon daraus hervorgeht, daß die katholische „Kölnische Volkszeitung“ am Schluß eines Artikels über den Staatsnotstand schreibt: „Das Staatsnotrecht gerät von selber in verdächtige Nähe des Staatsstrechs.“ — Wenn das Zentrum an den reaktionären Segnungen des Staatsnotstandes teilnehmen kann, dann wird die „K. V.“ feststellen, daß es sich um einen „Aufbruch zu neuen Ufern“ handele.

### Rußlands Kampf um den Frieden.

Von Gustav Heckmann.

Von neuem hat der japanische Kriegsminister A r a k i in einer Art, die Aufsehen erregt hat, nach Moskau hinübergedroht: vor dem Oberhaus in Tokio hat er am Donnerstag ausführlich

über die angebliche Notwendigkeit geredet, daß Japan „zum Schutz seiner Interessen“ seine Luftflotte auf die Stärke der russischen ausbaue.

Dabei bezog er sich auf Stalins Mitteilung, daß die Notwendigkeit der Umstellung auf Kriegsproduktion die planmäßige Durchführung des ersten Fünfjahrplans gestört habe.

A r a k i redet, als wäre Rußland es gewesen, das den Nichtangriffspakt mit Japan ablehnte und dadurch dieses in die größte Sorge versetzt hätte! Die Rußland herausfordernden Reden führender Japaner häufen sich.

#### Was sollen derartige Drohungen?

Wir glauben nicht, daß die japanischen Generale einen Eroberungszug nach Sibirien unternehmen wollen — in dieses Gebiet, das wegen seiner Kälte für die Besiedlung durch die wärmebedürftigen Japaner ungeeignet ist.

#### Das nächste größere Teilziel des japanischen Imperialismus

ist allem Anschein nach ein anderes: die Mandchurei und Nordchina sollen strategisch und wirtschaftlich fest in die Hand genommen werden — ein Ziel, dessen Erreichung Jahre erfordert, selbst wenn Japan weiterhin nicht mehr Widerstand finden wird als bisher. Ein Blick auf die Karte zeigt aber, daß im Rahmen dieses Teilziels der Besitz von Wladiwostok für die Japaner mindestens außerordentlich begehrenswert ist. Würde aber Rußland sich Wladiwostok rauben lassen, so würde es damit eine so starke militärische Unterlegenheit an den Tag legen, daß die vereinigte Aktion der Imperialisten aller Länder gegen den Arbeiterstaat um Riesenschritte nähergerückt wäre. Rußland wird also voraussichtlich Wladiwostok verteidigen. Mit einer solchen Gegenwehr rechnen natürlich die Japaner.

Deswegen hat eine der russischen überlegene Luftflotte für sie einen Sinn, eine Luftflotte, die imstande wäre, die russische Amur- und Usuri-Bahn (nördlich und östlich der Mandchurei) zu zerstören und dadurch russische Truppen bei Wladiwostok von der Zufuhr abzuschneiden. Den Sinn der lauten japanischen Provokationen gegenüber Rußland sehen wir in einem Vorfühlen, wieweit Japan bereits gehen kann.

Diese Erwägungen werden unterstrichen durch die Begründung, mit der Japan den von den Russen vorgeschlagenen Nichtangriffspakt einstweilen verweigert hat: die Zeit für einen solchen Pakt sei noch nicht gekommen; erst müßten die Gründe möglicher Streitigkeiten beseitigt werden; solche Gründe sehe Japan in japanisch-russisch-mandschurischen Grenzstreitigkeiten. Japan wünscht also die gegenwärtige Grenze dort nicht zu verewigen.

Dies alles zeigt, daß Rußland sich wirklich in einer ernsthaften Gefahr befindet,

selbst wenn man von anderen Bedrohungen, z. B. den weißgardistischen Wühlereien, absieht.

#### Wie antwortet Moskau

auf die Drohungen aus Tokio? Das Echo der neuen Luftflotten-Rede A r a k i s ist dies: Die Sowjetregierung warte den Wortlaut der Rede ab und werde dann erst entscheiden, welche Schritte sie zu unternehmen habe. Ähnlich antwortete Moskau vor wenigen Wochen auf die Besetzung des russischen Grenzortes Pogranitschnaja durch japanische Kavallerie: ein amtlicher Bericht über den Vorfall liege in Moskau noch nicht vor, die Sowjetregierung lehne deswegen eine Stellungnahme ab. Seitdem schwieg Moskau hierüber.

Sicher ist Rußland durch innere Sorgen zu einer Friedenspolitik genötigt, die selbst auf eine an sich berechtigte und wünschenswerte Zurückweisung der antirussischen imperialistischen Vorstöße verzichtet; und wer nur diesen Verzicht beachtet, der wird die russische Friedenspolitik für eine bloße Politik der Schwäche halten. Eine enge und oberflächliche Betrachtung! Man muß nämlich zunächst

die Linie der russischen Außenpolitik hinzunehmen, die durch das Wort „Nichtangriffspakte“ charakterisiert wird. Mit dieser Politik betonen die Russen gegenüber jeder noch so feindlichen Macht ihre

**Bereitschaft, auf den Krieg als ein Mittel zur Schlichtung von Interessenkonflikten zu verzichten.**

Dieser Verzicht ist der wesentliche Inhalt der Pakte. Ist aber nicht gerade dies — so wird man einwenden — der Ausfluß einer verzweifelten Schwäche? Kann Litwinow es ernst nehmen, wenn ein kapitalistischer Räuber-Agent auf ein Stück Papier schreibt, er verzichte auf den Krieg als Mittel zur Schlichtung von Konflikten?

Die Russen geben mit den Anstrengungen, die sie dem Ausbau ihrer Kriegsindustrie und der Roten Armee

zuwenden, eine eindringliche Antwort auf die Frage, wie sie die Zuverlässigkeit der Nichtangriffspakte einschätzen.

Woroschilow hat kürzlich in einer Rede ausführlich über den Stand der Roten Armee berichtet. Dem Moskauer Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ ist an Woroschilows Rede „das vollkommene Fehlen jedes Säbelrasselns“ aufgefallen. Und am selben Tage, an dem Araki im japanischen Oberhaus provozierte, schloß Molotow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, die Moskauer Tagung des Zentralvollzugsausschusses der Sowjet-Union mit folgenden Ausführungen (am Donnerstag): „Die Sowjet-Union habe schon im Laufe des ersten Fünfjahrplans viel für die Wehrfähigkeit des Landes getan. Sie wolle zwar Frieden, und ihre Außenpolitik sei friedlicher Natur. Die Sowjet-Union werde aber wachsam sein, um nötigenfalls für die Sicherstellung dieses Friedens kämpfen zu können.“

Wir dürfen diese Worte ernst nehmen — man muß das ausdrücklich feststellen, wenn heute ein Staatsmann über den Frieden redet.

In dem Arbeiterstaat herrschen nicht die imperialistischen Klassenkräfte, die zum Kriege treiben. Mehr: das russische Proletariat hat eine zum Frieden treibende Idee zu verteidigen;

wie sie einmal an dieser Stelle formuliert wurde: die Idee, „der menschlichen Arbeit zu ihrem Recht zu verhelfen und von diesem Boden aus alle anderen gesellschaftlichen Verhältnisse ins Reine zu bringen. Eine solche Menschheitsaufgabe führt zum Frieden...“ Die russische Unterschrift unter einem Nichtangriffspakt hat also einen anderen Wert als die des kapitalistischen Partners — wie die Rote Armee für den Frieden einen anderen Wert hat als die Armee eines kapitalistischen Landes. Mögen kapitalistische Diplomaten sich bei ihrer Unterschrift gedacht haben, was sie wollen —

für Rußland bedeutet die Reihe der Friedenspakete eine Demonstration der eigenen Friedensbereitschaft vor der Welt.

Eine solche Demonstration nötigt den sowjetfeindlichen Imperialisten gewisse, wenn auch schwache, Hemmungen auf und wirbt vor allem bei der internationalen Arbeiterschaft. Darin liegt — neben der Erleichterung der Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen — die Bedeutung der Nichtangriffspakte.

Faßt man diese Gesamtlinie der russischen Politik, einschließlich der fortwährenden Arbeit an der Roten Armee, ins

so verliert die russische Fernostpolitik („Nichteinmischung und strengste Neutralität“) den Anschein einer Politik bloßer Schwäche.

Es könnte umgekehrt als Schwäche erscheinen, wenn die Russen sich durch japanische Kavallerie in einem russischen Grenzstädtchen dazu bewegen ließen, ihre außenpolitische Linie zu verlassen und den uneinigen Imperialisten aller Länder ein Ziel hinzuzulassen, das sie sofort einen würde: das Ziel der Niederschlagung der Sowjet-Union. Bei vernünftiger Politik hat Rußland nichts zu fürchten.

Vernünftige Politik heißt hier: 1. Vorankommen des sozialistischen Aufbaus; 2. Aktive internationale Politik der Kommunistischen Internationale.

Ueber die Macht, die vom sozialistischen Aufbau ausgehen kann,

hat sich ein imperialistischer Journalist, der Moskauer Berichterstatter der „New York Times“, folgendermaßen geäußert:

„Die Sowjets müssen ihre Grenzen allen Arbeitern öffnen, die ‚guten Willens‘ sind, und ihnen — trotz Sprachschwierigkeiten — die Arbeit geben, die kapitalistische Rationalisierung und Konkurrenz ihnen geraubt haben. Nicht heute... Aber morgen, nachdem das Problem des Austausches von Agrarprodukten und städtischen Gütern gelöst worden ist — und es wird gelöst werden —, nachdem Häuser gebaut worden sind — und sie werden gebaut werden —, dann wird die Sowjet-Union Millionen fremder Gäste aufnehmen und auf einem Sechstel der Erdoberfläche eine wirkliche Union des Weltproletariats schaffen.“

Wenn wir im „Funken“ unsere Kritik an der russischen Wirtschaftspolitik anmelden, so entspringt sie ausschließlich der Sorge um das Gelingen dieser großen Aufgabe.

## Paul-Boncour gestürzt. Regierungsbeteiligung der Sozialisten.

Die französische Regierung ist am Sonnabend früh mit 390 gegen 193 Stimmen gestürzt worden.

Im Laufe der Durchberatung des Budgets hatte die Regierung fünf Mal die Vertrauensfrage gestellt. Bei der geplanten Erhöhung der direkten Steuern um 5 Prozent wurde die Regierung gestürzt. Léon Blum erklärte vor der Abstimmung, daß die Sozialisten trotz des Willens zur gemeinsamen Arbeit dieser Maßnahme unmöglich zustimmen könnten.

Schon am Freitag vormittag sagte Blum in einer Rede, daß Manöver im Gange seien, um den Weg für eine Konzentration der Regierung freizumachen. Angeblich spielte Blum darauf an, daß Herriot an derartigen Manövern beteiligt sei, um die Radikalsozialisten aus der engen Gemeinschaft mit den Sozialisten zu lösen. Chéron antwortete auf die Rede Blums, daß er wünsche, die Sanierung der Staatsfinanzen mit der republikanischen Mehrheit durchzuführen.

### Daladier der Nachfolger Paul-Boncour's?

Daladier, der Arbeitsminister im Kabinett Herriot, wird jetzt als Nachfolger Paul-Boncour's vorgeschlagen. Daladier steht auf dem linken Flügel der radikalsozialistischen Partei. Um die Staatsfinanzen endlich mit sicherer Mehrheit zu sanieren, wird Daladier angeblich versuchen, ein Regierungsprogramm auszuarbeiten, das die Grundlage für eine

sozialistisch-radikale Koalition

bilden könnte und, wenn die Sozialisten darauf nicht eingehen, eine Schwenkung nach rechts zu machen und eine Koalitionsregierung mit der gemäßigten Rechten zu bilden.

## Guilbeaux freigesprochen.

Der Prozeß gegen Henri Guilbeaux, in dem zuerst der gleiche Geist zu herrschen schien, wie in dem Prozeß gegen Jäger, vor dem deutschen Reichsgericht, endete am Freitag mit der

Freisprechung Guilbeaux's.

Nach der Vernehmung der Entlastungszeugen erklärte der Staatsanwalt, daß er nach den Aussagen der Zeugen nach bestem Wissen und Gewissen die Anklage nicht mehr aufrecht erhalten könne. Wenn der Prozeß sich solange hinausgezogen habe, so trage die Schuld daran Guilbeaux, der ihn 15 Jahre verzögert habe. Um ihn jedoch der Spionage schuldig zu erklären, müsse er mit dem Agenten einer feindlichen Macht zusammengearbeitet haben. Guilbeaux sei seinerzeit auf Grund eines Beweises verurteilt worden, den er, der Regierungsvertreter, für den Kernpunkt der Anklage gehalten habe, nämlich des Briefwechsels mit Schlesinger. Die Ausführungen des Zeugen Reuboul hätten ihn vom Gegenteil überzeugt. Es genüge nicht, Guilbeaux moralisch schuldig zu erklären, sondern man müsse dafür eine rechtliche Grundlage haben. Diese Grundlage fehle ihm aber

## Die Politik der Komintern

scheint uns im Ganzen des Kampfes um den Frieden die schwache Stelle zu sein. In der Politik der deutschen Kommunistischen Partei zeigt sich offenbar die Politik der Komintern, und zwar in einer so traurigen Gestalt, daß man denkt: deutsche Kommunisten würden eine für deutsche Verhältnisse so verfehlte Politik nicht von sich aus machen. Wer die KP-Politik der jüngsten Zeit überblickt, dem ist klar, daß eine Abwehrfront gegen Krieg und Faschismus nur durch eine radikale Umstellung im Sinne wirklicher Einheitsfrontpolitik geschaffen werden kann. Die KPD beharrt aber seit Jahren im wesentlichen bei bloßer Parteipropaganda.

Warum verlangt die Komintern nicht eine Politik der Einheitsfront?

Hier liegt innerhalb des Kampfes der russischen Genossen um den Frieden ein Mangel, der tödlich werden kann — nicht nur für den Frieden, sondern auch für die Sowjet-Union.

und deshalb lege er das Schicksal des Angeklagten ganz in die Hände des Gerichts.

Der Verteidiger des Angeklagten dankte dem Anklagevertreter für seine Ausführungen und verzichtete auf das Wort.

Das Gericht hat die Freisprechung des Angeklagten einstimmig beschlossen.

## Glänzender Wahlsieg de Valeras

Die Ergebnisse der irischen Wahlen, die am Dienstag stattfanden, liegen nun zum größten Teil vor. Die Resultate aus 20 Wahlkreisen stehen noch aus. Die Fraktionsstärke der einzelnen Parteien ist vorläufig folgende (in Klammern die Fraktionsstärke im alten Dail):

Regierungsparteien:	Fianna Fail (de Valera)	68 (72)
	Labour Party	7 (7)
	Unabhängige Arbeiter P.	1
Opposition:	Cosgrave-Partei	41 (73)
	Unabhängige	8
	Zentrum	10

Fianna Fail hat bisher keinen Sitz verloren. Alle Minister sind wiedergewählt worden, zumeist mit großem Stimmenzuwachs. Cosgrave dagegen hat nur noch eine geringe Mehrheit in seinem Wahlbezirk. Fianna Fail hat nach diesem vorläufigen Ergebnis eine absolute Mehrheit von 1 Stimme.

Das erste praktische Ergebnis des Sieges De Valeras wird die Abschaffung des Treueldes sein, die vorher wegen des Protests des Senats nicht durchgeführt werden konnte. Auch der Posten des Generalgouverneurs wird wahrscheinlich demnächst beseitigt werden.

Eine weitere Forderung von Fianna Fail, die jetzt mit größerer Energie vertreten wird, ist die Wiedervereinigung von Nord- und Süd-Irland. De Valera beabsichtigt angeblich, den nationalistischen Abgeordneten Nordirlands Sitze im südlichen Parlament anzubieten. Die Regierung Nordirlands ist gegen die Wiedervereinigung.

## Der Brünner Faschistenputsch.

Gajda wußte von dem Plan.

Gajda, der Führer der tschechischen Faschisten, hat gestanden, daß er von dem Plan des Putsches in Brünn Kenntnis hatte.

Außerdem ist festgestellt worden, daß Kobcinek bereits am 17. Januar behauptet hat, Gajda habe ihm Befehl gegeben, die Kaserne zu erobern. In einer Sitzung des Faschistenrats, von der ein Protokoll angefertigt wurde, soll Gajda dieses Unternehmen dann verboten haben.

Die verhafteten Faschisten, die gleich nach dem Mißlingen ihres Unternehmens, als sie sich der Polizei gegenüber sahen, ihren Tränen freien Lauf ließen (derartige Szenen scheinen also eine internationale Krankheit der Faschisten zu sein, und keine Eigenheit der deutschen NS) versuchen, sich gegenseitig die Schuld zuzuschreiben. Sie werden, ebenso wie ihr „Führer“ Gajda, vor ein Sondergericht gestellt werden.

## Alle Räder stehen still — bei Ford.

Konflikte mit Wall Street?

Aus Detroit wird gemeldet, daß die gesamten Werke der Ford Motor Corp. stillgelegt werden, weil bei der Briggs Manufacturing Co., die die Karosserien für Ford-Wagen herstellt, ein Streik ausgebrochen sei. Von dem Streik sind 6000 Arbeiter betroffen, von der Stilllegung 150 000.

Infolge persönlichen Eingreifens Henry Fords ist der Lohnkonflikt bei Briggs durch Zurückziehung der Lohnabbau-Forderungen der Gesellschaft beigelegt worden. Ob hierdurch die Stilllegung der Ford-Werke, die die Gesellschaft täglich etwa eine Million Dollar kostet, verhindert wird, ist noch nicht sicher.

In einer Unterredung mit dem „Evening Standard“ erklärte Ford, daß die Schließung seiner Werke auf die Machenschaften gewisser Bankiers zurückzuführen sei, die die Kontrolle über den Ford-Konzern zu erhalten suchten. Ihr Erfolg würde nur einige Stunden dauern. Er werde seine Feinde bekämpfen und beweisen, daß die Herstellung von Fordwagen nicht abgestellt werden könnte. Es werde viel Geld kosten, aber daran könne er nichts ändern.

## Ungeheure Grippe-Epidemie in England.

In England wütet bereits seit Wochen eine ungeheure Grippeepidemie. Innerhalb dreier Wochen starben in den größeren Städten Englands und Wales 3311 Menschen an der Krankheit, in der vorigen Woche allein 1589. In Groß-London starben in der vergangenen Woche 570 Menschen an Grippe, in Manchester 106.

Auch aus allen Teilen Deutschlands werden ständig neue Grippe-Erkrankungen gemeldet, sodaß in zahlreichen Orten die Schulen geschlossen werden müssen. Die Krankenhäuser bereiten sich auf erheblichen Zugang vor. Todesfälle sind verhältnismäßig selten.

## 74 Todesopfer eines Brandes.

Auf dem Rittergut Haus Forst (Rheinland) brach in einem Stall, vermutlich infolge Kurzschlusses, Feuer aus, das in wenigen Minuten das Holzgebäude in Asche legte. 74 Rinder fielen den Flammen zum Opfer.

# Zwischen ‚Gleichberechtigung‘ und ‚Sicherheit‘.

## Britischer Vermittlungsvorschlag.

Vor einigen Tagen wurde aus London erklärt: es sei nicht richtig, daß die britische Regierung die Absicht habe, einen neuen Abrüstungsplan in Genf vorzulegen. Sie hat ihn — von dieser antilichen Lüge unbeschwert — doch vorgelegt in Form von „Vorschlägen für ein Arbeitsprogramm, das der Konferenz die Ausarbeitung eines Abrüstungsabkommens ermöglichen“ soll. Diese Vorschläge werden auf der Abrüstungskonferenz im Anschluß an die Debatte über den französischen Plan behandelt werden.

Das Hervortreten Großbritanniens mit einem neuen Plan hat den Zweck, ein fruchtloses Aufeinanderprallen der deutschen „Gleichberechtigungs“- und der französischen „Sicherheits“-Forderung zu verhindern. Bekanntlich hat die britische Regierung schon wenige Tage nach Veröffentlichung des französischen Plans einen Gegenplan vorgebracht, und dadurch die Aussichten auf Annahme des französischen Plans stark vermindert. Mit dem neuen Vorschlag beabsichtigt sie offenbar, die Debatte über den französischen Plan auf ein totes Gleis zu schieben.

Der Plan besteht aus zwei Teilen, die folgende Vorschläge enthalten:

### Teil 1.

1. Eine Erklärung der europäischen Mächte, daß sie für die Austragung von Konflikten auf jegliche Gewaltanwendung verzichten wollen.

2. Abschluß von Pakten über gegenseitige Hilfeleistung zwischen den europäischen kontinentalen Mächten.

3. Ersetzung des Teiles V des Versailler Vertrages durch die allgemeine Abrüstungskonvention, in der die Beschränkungen der Rüstungen Deutschlands und der übrigen abgerüsteten Staaten, sowie die Begrenzung der Rüstungen anderer Staaten enthalten sind.

4. Gleiche Dauer der Konvention mit den gleichen Revisionsmöglichkeiten für alle Signatarstaaten.

5. Verwirklichung des Prinzips der Gleichberechtigung in Etappen und Vereinheitlichung der Heeresysteme.

### Teil 2.

1. **Sicherheit:** Bildung eines Ausschusses zur Prüfung der verschiedenen Methoden der Herbeiführung der Sicherheit.

2. **Abrüstung:** Abrüstung der Landstreitkräfte nach dem Prinzip des Hoover-Planes.

Festlegung der Methoden und Etappen zur Vereinheitlichung der kontinental-europäischen Armeen.

Festsetzung der Höchsttonnage für Tanks und für die Kaliber der beweglichen Landgeschütze durch das Präsidium.

Das Präsidium entscheidet, ob eine bestimmte Zahl von Tanks mit noch festzusetzender Tonnage und Geschützen festgesetzt werden soll. Es entscheidet auch, was mit den nicht mehr zulässigen Waffen geschieht.

Einsetzung eines Ausschusses, der die Möglichkeit der völligen Abschaffung der Militär- und Seeflugzeuge, in Verbindung mit einer internationalen Kontrolle der Zivilluftschiffahrt zu prüfen hat.

Das Präsidium soll unverzüglich die Höchstgewichtsgrenze für Militär- und Seeflugzeuge festlegen.

Das Büro setzt die Höchstgrenze und Höchstkaliber für Linienschiffe, Flugzeugmuttertschiffe, Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote (falls diese nicht verboten werden) fest.

Das Auffallendste an diesem Plan ist, in wie fürsorglicher Weise er sich besonders mit der Abrüstung der kontinental-europäischen Mächte und mit der Herabsetzung der Landstreitkräfte befaßt, die also Großbritannien selber nicht berühren.

### Die deutsche Regierung

ist diesem Plan angeblich nicht abgeneigt. Allerdings wird beanstandet, daß der Plan nur eine abschnittsweise Verwirklichung der „Gleichberechtigung“ vorsieht. Vor allem der grundsätzliche Unterschied des britischen Planes von dem der französischen Regierung wird auf deutscher Seite begrüßt.

### Die französische Rechtspre

steht dem Plan feindlich gegenüber, besonders weil die meisten seiner Bestimmungen geeignet seien, die französische Wehrmacht im Verhältnis zu der deutschen und italienischen zu schwächen

# Die durchlöchernte Weihnachtsamnestie.

Eine wenig beachtete Ausnahme im Amnestiegesetz.

Der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts hatte am Freitag den Kommunisten Polleit aus Quedlinburg (Kreis Königsberg, Ostpreußen) wegen Hochverrats zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Polleit hatte Mitglieder einer von ihm gegründeten Gruppe des Kampfbundes gegen den Faschismus aufgefordert, in verschiedenen Forts der ostpreußischen Grenzbefestigung einzudringen und festzustellen, wo dort Munition gelagert sei; er brauche diese Angaben für die KPD. (Der Reichstagsabgeordnete Schütz hatte ihn jedoch ernsthaft vor einem derartigen Unternehmen gewarnt.)

Man fragt sich zunächst, wieso Polleits Vergehen nicht unter die Amnestie fällt,

da die hier in Frage kommenden Ausnahmen — wie man meist meint — nur der sogenannte Zersetzungshochverrat und der Landesverrat aus Eigennutz sind. Das Reichsgericht hat anerkannt, daß Polleit nicht aus Eigennutz gehandelt hat. (Unserer Meinung nach lag gar kein Landesverrat (§§ 87 bis 92 StGB) vor, da der Angeklagte nicht mit einer ausländischen Macht in Verbindung getreten ist.) Bei näherem Zusehen zeigt sich jedoch, daß weit mehr Fälle von „Hochverrat“ von der Amnestie ausgenommen sind, als im allgemeinen bekannt ist. Das Amnestiegesetz nimmt nämlich aus: „Hochverrat, wenn die Tat darauf gerichtet war, die Reichswehr oder die Polizei zur Erfüllung ihrer Pflicht untauglich zu machen, das Deutsche Reich und seine Länder gegen Angriffe auf ihren äußeren oder inneren Bestand zu schützen.“ Diese Bestimmung umfaßt weit mehr als die Verbreitung sogenannter Zersetzungsschriften unter Soldaten oder Polizisten. Das Reichsgericht hat Polleits Tat als eine Vorbereitung des Bürgerkriegs zum Zweck eines kommunistischen Umsturzes angesehen.

Polleit hat behauptet, er habe nur auskundschaften wollen, ob die Nazis in den Forts Waffenlager gehabt hätten.

Diese glaubhafte Absicht hat das Gericht nicht geglaubt. Die Meldung über den Prozeß sagt aber nicht, daß das Reichsgericht dem Angeklagten das Gegenteil bewiesen hätte.

Unglaublich geringe Ansprüche stellt auch in diesem Fall das Reichsgericht, das keine Kontrollinstanz über sich hat, an die Sicherheit seiner Beweise — wenn es sich um die Verurteilung von Kommunisten handelt.

## Zur Amnestie.

Da über den Umfang der Amnestie, wie auch über ihre Anwendung Unklarheiten herrschen, gibt die Juristische Zentralstelle der KPD in Verbindung mit der Roten Hilfe Deutschlands in Form eines Rundschreibens folgende Anweisungen heraus:

1. Das Amnestiegesetz über Straffreiheit vom 20. Dezember 1932 gewährt

**Straffreiheit bei politischen Straftaten und bei Straftaten aus wirtschaftlicher Not. Straftaten, die aus weltanschaulichen Motiven des Täters begangen sind,**

fallen unter die Amnestie, da auch sie auf politischen Motiven beruhen. Es sind z. B. Einstellungen erfolgt bei Vergehen gegen § 166 StGB (Gotteslästerung) und bei Verstoß gegen die „Gottlosenverordnung“ vom 5. Mai 1932 (angebliche Fortführung des Verbandes proletarischer Freidenker).

2. Auf Grund der Amnestie werden Strafen erlassen, die beim Inkrafttreten des Gesetzes rechtskräftig erkannt und noch nicht verbüßt sind.

Fälle, in denen das Urteil vor dem Inkrafttreten des Gesetzes erlassen, aber erst nach dem Inkrafttreten (21. Dezember 1932) rechtskräftig geworden ist, fallen unter die Amnestie.

Der Zeitpunkt des Urteils entscheidet, nicht der der Rechtskraft.

Bei Straftaten, die vor dem 21. Dezember 1932 begangen sind, die aber erst später abgeurteilt werden, sollte bei Ablehnung der Anwendung der Amnestie seitens Staatsanwalt und erstinstanzlichen Gerichten Berufung oder Revision eingelegt und die Einstellung des Verfahrens durch Beschluß oder Urteil beantragt werden.

3. Besondere Fälle: a) Sprengstoffverbrechen. Nach § 8 Ziffer 8 des Gesetzes sind Sprengstoffverbrechen von der Straffreiheit ausgenommen. Sprengstoffvergehen, d. h. mit Gefängnis bestrafte oder bedrohte Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz vom 9. Juni 1884 schließen nicht von der Straffreiheit aus. Unter Sprengstoffverbrechen fallen Sprengstoffanwendung, Sprengstoffverschöpfung, Sprengstoffherstellung, -anschaffung, -bestellung, schwere Fälle von Sprengstoffbesitz, sowie Aufforderung und Anweisung zum Sprengstoffverbrechen.

b) Begriff des „Eigennutzes“ beim Landesverrat. Nach den Berichten verschiedener Strafverteidiger ist seitens einiger Untersuchungsrichter erklärt worden, daß nach ihrer Auffassung nicht nur persönlicher Eigennutz von der Straffreiheit ausschließt, sondern auch

das Handeln für eine politische Partei unter Umständen als „Parteieigennutz“ betrachtet werden könne.

Diese Auslegung widerspricht sogar der Auffassung des Oberreichsanwalts!

Überall, wo die Begründung des „Parteieigennutzes“ auftaucht, ist sofortige Meldung an Prof. Felix Halle,

## Für die Freilassung von Mooney und Billings.

Roosevelts Versprechen.

Die amerikanische Zeitung „Chicago Daily Tribune“ verbreitet die Meldung, Mooneys Mutter habe Roosevelt um Unterstützung im Kampf um die Freilassung von Mooney und Billings gebeten. Roosevelt soll versprochen haben, an den Gouverneur von Missouri, Rolph, der für die Begnadigung zuständig ist, zu schreiben, sobald er, Roosevelt, sein Amt als Gouverneur von Alabama niedergelegt und ehe er sein neues Amt als Präsident der USA angetreten habe. Er wolle also lediglich als Privatperson schreiben.

## Papen über Mooney und Billings.

IHV. Kürzlich hat eine angesene bürgerliche Zeitung, die „Süddeutsche Sonntagspost“, eine ausführliche Reportage über den Fall Mooney und Billings gebracht, in der sie sich für die Unschuld der beiden einsetzt. In dieser Reportage wird auch die Meldung des „Folkets Dagblatt“ in Stockholm erwähnt,

daß das Bombenattentat von einer deutschen Spionageorganisation verübt worden sei, die von dem damaligen Militärattaché Herrn von Papen ins Leben gerufen worden sei.

Daraufhin haben die Reporter der „Süddeutschen Sonntagspost“ Herrn von Papen interviewt. Selbstverständlich weiß er von nichts, und erklärt:

„Mooney und Billings — die Namen kenne ich nicht. Ich höre von diesem Fall zum ersten Male.“

Aber obwohl Herr von Papen die Namen Mooney und Billings zum ersten Mal hört, ist er sehr schnell fertig mit dem Urteil. Auf die Äußerung des Reporters: „Jedenfalls sitzt der Mann seit 16 Jahren im Zuchthaus!“ erklärt er seelenruhig:

„Na, er wird eben schuldig sein!“

Erst als ihm daraufhin die Reporter erklären, daß dies ganz ausgeschlossen sei und sie ihm von den photographischen Dokumenten, von den betrügerischen Machenschaften, die dem Staatsanwalt nachgewiesen wurden, berichten, ließ er sich

Mitglied des Staatsgerichtshofes (Berlin NW 7, Reichstag, I. Obergeschoß, Z. 9) erwünscht.

c) **Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen.** Bei Vorliegen mehrerer strafbarer Handlungen, für die eine Gesamtstrafe gebildet worden ist, wird für die amnestierungsfähigen Fälle Straferlaß und Strafmilderung gewährt.

d) **Straffreiheit bei Straftaten aus wirtschaftlicher Not.** Voraussetzung: Der Täter darf nicht höher als insgesamt mit drei Monaten Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe vorbestraft sein.

Die rechtskräftig erkannte und noch nicht verbüßte Strafe wird erlassen, wenn sie in Geldstrafe besteht oder in Freiheitsstrafe nicht über 6 Monate (§ 6). Anhängige Verfahren werden eingestellt, wenn die Tat vor dem 1. Dezember 1932 begangen und keine schwerere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten zu erwarten ist.

In Frage kommen: Mord, Notdiesbstahl, Notbetrug, Gebrauchsmitteldiebstahl, Forst- und Felddiebstahl, alle Fälle von leichtem und schwerem Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Untreue, Pfandbruch, Siegelbruch, Pfandvorstrickung, Erpressung, Hehlerei, Abtreibung, Urkundenfälschung, Entziehung elektrischer Kraft, Steuerstraftaten.

4. **Verfahren.** Anträge auf Anwendung der Amnestie sind in der Regel an die Staatsanwaltschaft zu richten. Beschwerden gegen die Nichtanwendung durch die Staatsanwaltschaft sind bei dem Gericht einzulegen, das verurteilt hat, oder das für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständig war oder wäre. Die Gerichte sind entweder die Amtsrichter oder die erstinstanzliche Strafkammer. An Stelle der Sondergerichte ist die Strafkammer getreten.

In Hochverrats- und Landesverratsachen sind die Anträge an den Oberreichsanwalt (Leipzig) und die gerichtliche Beschwerde an das Reichsgericht (Leipzig) zu richten. ck.

zu der Bemerkung herbei: „Desto schlimmer, wenn jetzt mit diesem Fall gegen Deutschland gehetzt wird. Derartige Angriffe kommen immer wieder aus derselben Ecke. Aber sie sind völlig ungerechtfertigt. Bitte, sagen Sie das Ihren Lesern.“ (!)

## Ueber den Nutzen von Kartotheken bei illegaler Arbeit

belehren neue Mitteilungen über die Verhaftungen des Göttinger Universitätsbeamten Gofmann und eines Göttinger Arbeiters. Der hannoverschen Polizei war nämlich die niedersächsische Zentrale für illegale Zersetzungsbearbeitung verraten worden. In dieser Zentrale ist dann der Polizei das gesamte Adressenmaterial der an der Zersetzungsbearbeitung Beteiligten in die Hände gefallen. Sehr ausgiebig scheint es nicht gewesen zu sein; denn außer den beiden Verhaftungen in Göttingen sind bisher nur einige Verhaftungen aus Braunschweig (drei) und Celle gemeldet.

Der Nutzen einer derartigen Kartothek liegt auf Seiten der Polizei!

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Hamburg:** Donnerstag, 2. Februar, 20.15 Uhr, im Saal. Thema: „Rechtsnot über Deutschland“. Redner: Dr. Erich Lewinski (Kassel).

## Braunschweig

### Gegen Rechtsnot und Sonderjustiz!

Öffentliche Versammlung am Dienstag, dem 31. Januar, 20.15 Uhr, im großen Saal des „Sächsischen Hof“, Gördelinger Straße.

Redner: Erich Lewinski (Kassel)

Eintritt 20 Pf. Jugend und Erwerbslose 10 Pf.

IHV, ISK, KPD-O, SAP.

A. M. FREY



(13)

## DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Klepner Verlag AG. Berlin.

Man hat sich in der Schufrichtung verstärkt und verdickt mit Sandsäcken, Balken und Erdreich. Man hat zu den verfügbaren unterirdischen Behausungen neue gebohrt und gegraben im Schutz des Karrees: eine Flucht von kleinen, schmutzigen, dumpfen, feuchten Löchern für Krankenträger, Unteroffiziere und Arzt. Ein paar Räume sind auch oberirdisch, die festesten und geschüttesten, die zu haben sind, als „Warteräume“ für die Verwundeten, denn man kann mit ihnen nicht in die winkligen Löcher hinab, abgesehen davon, daß drei Tragbahnen dort unten allen Platz ausgefüllt hätten.

Oben liegen auch: ein Schlafraum für Mannschaften, gleichzeitig Verbandraum, eine Küche, eine Latrine, eine Totenkammer. Die Totenkammer ist am unsichersten; wer tot ist, kann am ehesten ruhig noch einmal erschossen werden.

Wer abtransportiert werden muß, wird, wenn er lebt, von hier durch die Sanitätskompanie in Pferdewagen, alten Stellwagen ähnlich, davongefahren; wer nicht mehr lebt, den holt der Leichenkutscher nächstens ins Gräberfeld nach Fournes.

Bis zum vordersten Graben sind neunhundert Meter zurückzulegen — erst über freies Feld, dann möglichst bald in Gräben, weil der Engländer alles abschießt, was sich herab bewegt. Zeitweise, Tage hindurch ist das flache Gelände unablässig überstrichen von Gewehrgehossen wie von pfeilschnellen Hummeln. Die Träger schleppen tags, und besonders nachts durch den zähen Lehm ihre Lasten. Und es reißt eigentlich nie ab, es tröpfelt weiter, es tröpfelt weg — ein Soldat nach dem anderen und mehr an solchen, die in die Erde als die später in das Bett eines Lazarets gelegt werden. Fast immer knallt es da vorn, wenn auch kein „Angriff“ ist; die klatschenden Peitschenhiebe fallen von einer Stunde in die andere, man hört sie schon nicht mehr — und immer wieder zieht einer dabei das schwarze Los.

Der Telephonist pflegt herbeizurennen vom Regimentsunterstand, der weiter hinten liegt und trotzdem nur selten vom Kommandeur bezogen wird. Der Oberst bleibt in Fournes, dort ist es geradezu herrschaftlich, dort gibt es ja nach Villen, die kaum einen Schuß bekommen haben, und Kasinoräume mit Teppichen, gedeckten Tischen und Polstermöbeln, von den feinen Betten ganz zu schweigen. Dort locken auch die maschinenschreibenden eingebildeten Kompaniefeldwebel und tun ihren aufgeblasenen Kanzleidiens — kaum anders als ehemals in der Kaserne zu Hause.

Die Sanität aber weilt hier vorne, mehr als eine Wegstunde ist es bis zu den Kanzeipalästen — und andere sind noch weiter vorn: sie, die ständig im Arm des Todes liegen. Doch da braucht der Kommandeur nicht mitzuhalten, er hat ja seine Meldegänger und Telephonisten.

Ein solcher kommt also zu den Sanitätern gerannt und bringt Nachrichten. Sie wissen immer schon genug, wenn er nur auftaucht, stolpernd über die finsternen Stufen hinuntertaucht ins Kellerloch: „Abschnitt IA zwei Tote, Abschnitt IID ein Schwerverletzter. Drei Tragbahnen müssen hinaus.“

Drei Tragen, das heißt zwölf Mann; an jeder Trage vier. Ist es hell, so muß man auf noch mehr Hummeln gefaßt sein, als wenn es finster ist. Ist es finster und regnet es, so wankt man in das pure Nichts. Gut, daß viele Bauern unter der Mannschaft sind, Leute vom Lande; sie wittern die Richtung. Man tappt vorwärts, fällt rastlos in Gräben, in Granatlöcher, steht auf, zäh überzogen vom nassen Lehm.

Aber der Rückweg! Nur zwei können die Last auf der Trage durch die engen Gräben zerren, die zwei andern trolchen leer hinterdrein und lösen ab nach ein paar hundert Metern. Der Fuß versinkt in Teig bis über den Spann unter dem Gewicht von anderthalb Zentnern, jeder Schritt will keuchend erkämpft sein. Das Kreuz geht schier in Trümmer, die Achseln schauern sich wund. Schweiß bricht so sehr aus, daß er die Augen überschwemmt, doch man hat ja schon vorher nichts gesehen. Das Herz stürzt und wirft das Blut brausend in die Schläfen — man hört keine Schüsse mehr und versteht nicht das geschriene Wort der Kameraden.

Wie? Und nun auf einmal Tage, ohne daß der Telephonist gelaufen käme? Die da vorn scheinen einen kleinen

Separatfrieden gemacht zu haben. Man ist wie erlöst und will kaum glauben, wie gut es einem geht. Man befürchtet nur immerfort, daß mit einemmal alle gewohnte Schrecklichkeit, die rätselhafterweise ausbleibt, nachgeholt werden wird.

Man lungert vorsichtig umher. Man schießt mit dem Revolver, den der Sanitätsmann statt des Gewehres trägt, auf Ratten, die den Graben uns Gehört bevölkern, aber man trifft keine. Sie sind sehr zahlreich und gut genährt, denn man wirft allen Käse und allen Speck von sich, weil man ihn nicht mehr sehen kann; man bekommt ihn täglich zu essen. Und weil wir erst das Jahresende 1915 schreiben, deshalb tun wir in Nahrungsfragen überhaupt noch recht großartig.

Die meisten liegen unten im Kellerloch auf den Pritschen, die mit altem, stockigen Stroh bedeckt sind. Kolonnen von Läuse marschieren lautlos herbei; der Schillhofer hat die meisten und die größten; wer die größte Laus fängt und vorzeigen kann, gewinnt eine Mark. Der Schillhofer gewinnt immer; aber niemand will neben ihm liegen, weil er Läuse förmlich ausstrahlt.

Da kommt der Spohr und sagt, daß er eine lebende Maus im Trinkbecher hat. Der Becher ist auf einer Kiste gelegen, mit einem Rest von gelöstem Zucker im Hintergrund, und da hat die Maus sich hineinbegeben. Der Spohr hat auf einmal bemerkt, daß sich etwas aus dem Becher ringelt wie ein Regenwurm, hat schnell begriffen, daß es ein Mäuseschwanz sein kann, ist hingeschlichen und hat die Hand davorgedeckt.

Nun steht er da und lacht gekitzelt, wenn die Maus auswegsüchend mit dem Schnäuzchen an seine Finger stößt. Kameraden kommen heran, kaum aus Neugier, eher aus Langerweile. Mäuse gibt's hier so viele wie Sand am Meer, man beachtet sie gar nicht, man sorgt höchsten dafür, daß sie nicht ins Essen geraten und nicht in den Kaffee fallen. Aber diese Maus im Becher kann vielleicht einen kleinen Zeitvertreib abgeben.

„Im Hof droben steht eine große Pfütze. Da könnt' man sie hineinspringen lassen“, schlägt einer vor.

„Damit sie ein Bad nimmt“, ergänzt jemand.

(Fortsetzung folgt.)

# Die richtige Entlarvungs-Methode.

Gewerkschaftskundgebungen in ganz Großbritannien.

H. M. „Allgemeine Befriedigung wird in der ganzen Bewegung verspürt werden über den Beschluß des Generalrats (des Gewerkschaftskongresses. H. M.), eine durch das ganze Land gehende Kundgebung erwerbstätiger und erwerbsloser Arbeiter zur Frage der Arbeitslosigkeit zu organisieren.“

So begann die Dezember-Nummer der „Industrial Review“, des Organs des Britischen Gewerkschaftskongresses. Bald darauf erschienen große Anzeigen in der Arbeiterpresse:

„Das Recht zu leben ist das Recht zu arbeiten. Ein Protest des ganzen Landes, von Aberdeen bis Plymouth gegen die Arbeitslosen-Politik der Regierung wird von erwerbstätigen und erwerbslosen Arbeitern erhoben, unter Führung des Generalrats des Gewerkschaftskongresses, des Hauptvorstandes der Labour Party, der Parlamentsfraktion der Labour Party, der Genossenschaftsbewegung. Gewerkschafter! Schließt Euch Euren Kollegen an in ihrer Forderung nach Arbeit und Unterhalt. Eure Gewerkschaft ruft Euch auf zur Aktion. Demonstration in London am 5. Februar. Demonstrationen in der Provinz im Laufe der folgenden Woche. Auf die Straßen mit Fahnen und Musik. Die Arbeiterbewegung ist auf dem Marsch. Fordert das Recht auf Arbeit. Fordert das Recht auf Leben.“

Bereits im Dezember wurde mit der Vorbereitung der Aktion begonnen, vor allem mit der Vorbereitung der Londoner Demonstration am 5. Februar. Aus allen Teilen Londons werden die Arbeiter nach dem Hyde Park marschieren, wo eine Riesenkundgebung mit acht Rednertribünen stattfinden wird. Die Führer der britischen Arbeiterbewegung werden im Hyde Park zu den Arbeitern sprechen. Aus verschiedenen Teilen des Landes werden Gruppen von Arbeitern an der Londoner Demonstration teilnehmen.

Ähnliche Demonstrationen sind für die meisten größeren Städte angesetzt, und fast überall werden Kundgebungen stattfinden.

Wie ist die Stellung der Kommunisten zu dieser Aktion der freien Gewerkschaften? Harry Pollitt beantwortet diese Frage im „Daily Worker“, dem Organ der englischen KP:

„Dies ist ein konkreter Fall eines ‚linken‘ Manövers, das von jetzt ab bis zum Stattfinden der Demonstration angeprangert werden muß. Der 12. Kongreß der Kommunistischen Partei erklärte: ‚Da der Massenkampf zunimmt und die Formen unabhängiger Führung und Organisation an Stärke gewinnen, werden die Gewerkschaftsführer, obwohl sie in jeder Hinsicht den täglichen Kampf der Arbeiter hindern, in steigendem Maße ‚linke‘ Manöver veranstalten, um ihren Einfluß und ihre Macht zu bewahren.‘ Unsere Energie muß bis zum letzten aufgewandt werden, um diese Tricks anzuprangern. Wie hat das zu geschehen? Durch Boykott der Demonstration? Nein, tausend Mal nein! Sondern indem wir versuchen, jeden erwerbstätigen und erwerbslosen Arbeiter, mit dem wir in Verbindung kommen können bei diesen Demonstrationen unter der Führung der Massen-Erwerbslosenräte und der NUWM (englische RGO) marschieren.“

Annähernd sechs Jahre sind es her, seit die britischen Gewerkschaften zum letzten Mal eine ähnliche Aktion unternommen haben. Damals, im Jahre 1927, richtete sich der Kampf gegen das Gewerkschaftsgesetz der Baldwin-Regierung, jenes Gesetz, das erlassen wurde, um politische Streiks unmöglich zu machen und auch sonst die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften so weit wie möglich zu begrenzen.

Dieses Gesetz ist nicht verhindert worden. Vielmehr haben die Gewerkschaften sich unmittelbar darauf an Verhandlungen mit Kapitalisten beteiligt, die der Erhaltung des „Wirtschaftsfriedens“ dienen. Während die Gewerkschaften so dem Kampf den Rücken kehrten, waren die Unternehmer

die ersten, die den „Wirtschaftsfrieden“ brachen. Dauernde Zwistigkeiten, besonders in der Baumwollindustrie und im Bergbau, Senkung der Löhne der Eisenbahner und vieler anderer Arbeiter ließen jene Verhandlungen in Vergessenheit geraten. Die großen Streiks der Weber und Spinner im Herbst 1932 waren ein klares Bekenntnis der Arbeiter — wenn nicht ihrer Führer — zum Kampf für ihre Rechte. Die Londoner Autobusangestellten und die Eisenbahner haben die Unternehmer mit ihren Streikdrohungen stark eingeschüchtert. Die Organisation der Erwerbslosen in den freien Gewerkschaften macht Fortschritte, und der von den Kommunisten organisierte Hungermarsch nach London hat wohl auch manchen Bürger auf das Elend und die Unwürdigkeit und Ungerechtigkeit der Bedürftigkeitsprüfung hingewiesen. Auch das Eintreten von Arbeiterführern für die Freilassung der beiden kommunistischen Führer Mann und Llewellyn hat es dem Bürgertum deutlich vor Augen geführt:

## Die Gewerkschaftsbewegung ist auf dem Marsch!

„Ein linkes Manöver“ nennen die Kommunisten die Aktion, für die die Gewerkschaftsführer die gesamte Arbeiterschaft zum Kampf für die Rechte der Erwerbslosen aufrufen.

Wir haben es oft erlebt, daß die britischen Gewerkschaftsführer aus Scheu vor dem Kampf oder anderen Motiven der Sache der organisierten Arbeiterschaft sehr geschadet haben. Wir haben es erlebt, daß sie z. B. im Fall der Kämpfe der Baumwollarbeiter zum Abbruch der Streiks aufgerufen haben, obwohl die Lohnsenkungen durch weiteres Aushalten vielleicht hätten verhindert werden können. Wir

## Rigoreuse Vorstöße der Unternehmer.

### Dänische Unternehmer beharren auf 20% Lohnabbau.

Die Bemühungen der dänischen Regierung, die Unternehmer von ihren weitgehenden Plänen abzubringen und den drohenden großen Arbeitskampf zu verhindern, gelten jetzt als gescheitert. Es scheint also zur Aussperrung von etwa 100 000 Arbeitern zu kommen.

Da gerade jetzt in Norwegen die bestehenden Tarifverträge bis 1935 verlängert wurden und die skandinavischen Gewerkschaften eine Vereinbarung haben, nach der sie sich in großen Arbeitskämpfen unterstützen, ist die Situation für die Arbeiterschaft Dänemarks nicht ungünstig.

### Bis 50% Abbau vom Akkordlohn gefordert.

Die Berliner Groß-Färberei und chemische Waschanstalt Spindler verlangt einen Abbau der Akkordlöhne um zehn bis fünfzig Prozent und droht mit Kündigung der Gesamtbelegschaft, falls diese dem Abzug nicht zustimmt. Die Arbeiterschaft ist dazu natürlich nicht bereit. Der Textilarbeiterverband ist, wie er mitteilen läßt, darauf vorbereitet, diese unerhörte Zumutung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abzuwehren.

### Berliner Speditionsfirmen nennen ihre Forderungen.

Nachdem im Oktober 1932 die Lohnabbauforderungen im Berliner Möbeltransportgewerbe abgewehrt worden waren, haben die Unternehmer kürzlich, wie wir schon mitteilten, den Tarif zum 28. Februar erneut gekündigt. Die bis jetzt bekannt gegebenen Forderungen übersteigen alle Erwartungen; u. a. soll der Tageslohn der ständigen Arbeiter von

haben vieles andere erlebt, was wir heute den Gewerkschaftsführern vorwerfen könnten und was zu der Vermutung Anlaß geben könnte, daß es sich bei der bevorstehenden Aktion um nichts handelt als um „linkes Manöver“.

Aber was für einen Sinn hat es, theoretisch zu untersuchen, ob es sich um „Manöver“ oder um ehrliche Kampfbereitschaft handelt? Soviel steht fest: daß eine große Aktion unternommen wird, ist gut, die Parolen, mit der sie unternommen wird, sind gut (obwohl es angesichts der kritischen politischen Lage in der Welt angebracht gewesen wäre, diese Aktion gleichzeitig mit dem Kampf gegen den Krieg zu verbinden); es kommt also darauf an, daß die Aktion auch ordentlich durchgeführt wird. Daß das geschieht, erreicht man nicht dadurch, daß man die „linken Manöver“ der Gewerkschaftsführer „anprangert“. Wer es auf Manöver abgesehen hat, wird daran nicht durch kommunistische Schimpfereien gehindert, sondern nur dadurch, daß die Arbeiter so kampfbereit dastehen, daß sie jeden Steinigen würden, der eine ehrliche Aktion hintertriebe.

Das Ziel, das sich Sozialisten für die Gewerkschaftsarbeit stellen, ist: die Sache der Arbeiterschaft voranzubringen. Wenn die Gewerkschaftsführer, die im allgemeinen diesem Ziel nicht sehr dienen, einmal Ansätze merken lassen, ihre Taktik zu ändern, dann ist die einzig vernünftige Stellungnahme, die es für Sozialisten gegenüber solchen Gewerkschaftsführern gibt:

sie beim Wort zu nehmen und nach Kräften, im Sinne jener Worte, zu unterstützen.

Das ist weit revolutionärer als die Politik des „Anprangerns“. Einen Ansatz dazu finden wir bei Pollitt; er ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf! Darum wird die Aktion der britischen Arbeiter, trotz aller „Beschlüsse vom 12. Parteitag“ u. s. w., in gewissem Maße im Zeichen der Einheitsfront stehen.

8,50 auf 5,— Mark abgebaut werden. Die nicht ständigen Arbeiter sollen in Zukunft statt eines Tageslohnes einen Stundenlohn von 63 Pfennigen erhalten. Flügeld und Eisengeld soll ganz wegfallen, ebenfalls der Lohnzuschuß im Krankheitsfall.

Es ist nötig, schon jetzt darauf hinzuwirken, daß auch diesmal die Absichten der Unternehmer abgewehrt werden. Leider ist der Zeitpunkt für den Kampf (28. Februar) nicht so günstig, wie die Umzugszeit im Oktober.

Die Branchenleitung der Möbeltransportarbeiter im Gesamtverband ist oppositionell.

### Lohnabbau wird für verbindlich erklärt.

Der Lohnkonflikt bei den Lederwerken der Cornelius-Heyl A. G. in Worms, die ihre etwa 2700 Mann starke Belegschaft zum 31. Januar vorsorglich gekündigt hatte, ist jetzt durch den Schlichter beigelegt worden: Die Forderungen der Arbeitgeber sind durchgesetzt worden.

### Die Tarifverträge in Norwegen bis 1935 verlängert.

Die Verhandlungen zwischen den Unternehmervereinigungen und den Gewerkschaften Norwegens haben dazu geführt, daß die Unternehmer ihre Forderung auf dreiprozentige Lohnkürzung zurückgezogen haben. Die bestehenden Tarifverträge sind bis 1935 verlängert worden.

Verantwortl. Schriftföhrer: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

**Herde / Gaskocher**  
niemals besser und  
niemals billiger als bei  
**C. F. W. Lademann Söhne**  
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85  
U-Ph. Inselbrücke

**Groß-Haushaltungen,  
Gemeinschaften, Land-  
heime, Ferien-Lager,  
Schulen u. s. w.**

erhalten  
**Reform-Nahrungsmittel!**  
zu Ausnahmepreisen  
Bitte, Sonder-Liste anfordern!

**Frischkost-Reformhaus  
Magdeburg**  
Otto v. Guerickestr. 104.

**Schallplatten sind besser. Hören Sie z. B.:**  
Fertwängler, Ungarische Tänze Nr. 1 und 3, von Brahms  
Plattenpreis: 3,25 Mark  
Fertwängler, Brandenburgisches Konzert Nr. 3 G-Dur, v. J. S. Bach  
oder Air aus Suite D-Dur, von J. S. Bach  
Plattenpreis: je 5,40 Mark  
**Otto Plotenhauer, Weimar, Gläserstr. 14.**

**A. JANISZEWSKI**  
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



**druck!** Flugblätter,  
Zettungen,  
Zeitschriften  
und jede Art  
Geschäfts-  
drucksachen

Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29  
Telefon: Baumgarten, P 1 Moritzplatz 5471

**Feinbesohl-  
Anstalt**  
und Schuhfärberei  
**HANS SACHS**  
Berlin SW / Odesener Straße 111  
garantiert für erstklassige Arbeit

**Maßarbeit** erstklassig  
und billig  
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-  
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen  
**Alfred Arensberg**  
Berlin Reinickendorf-Ost  
Hinter der Dorf-Aue 14

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut schnell billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M., Riederwald  
Eisenplatz 12

**Fahrräder** Zuspät +  
Bereitigung  
Ersatzteile  
Reparaturen  
billig, billig!  
**Richard Kuhlrow**  
Berlin S 14  
Stallschreiberstr. 63

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,  
Klingelanlagen usw. Spezialität:  
**Anfertigung  
mod. Tisch- u. Nachttischlampen**  
**G. Funke**  
Elektrotechniker  
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III

**„Haltet Euch gesund  
durch naturgemäße Kost“**  
**Reformhaus Gesundheitsquelle**  
Berlin, Köpenicker Straße 96

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987  
Seit 23. Januar:  
Verlängerte Uraufführung des  
Erdmo-Films  
**IGLU**  
Wildwasserfahrt  
Eig. Kausportfilm  
Aufgangsszeiten: 18, 19 und 21 Uhr

**Erstklassige  
Maßarbeit**  
Herren-Anzüge  
Mäntel  
Damen-Kostüme  
Tadelloser Sitz  
**Schönheit**  
**MAUDEBURG**  
Johannisbergstr.  
10, III  
Stoffmuster  
vorhandig.



**Was tust Du**  
für die Einheitsfront der Arbeiter-  
klasse? — Wenn Du schon kein Redner  
und Agitator bist, verwende wenigstens  
bei jeder Gelegenheit **Klebemarken**  
mit dem Einheitszeichen. — Bestelle  
die Klebemarken noch heute bei der  
**Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.**

Es kosten bei Voreinsendung des  
Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zus-  
endung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegeböhr.

### Neuerscheinung:

## LEO TROTZKI Über Lenin

Material für einen Biographen.

Mit 3 Bildern. 172 Seiten.

Brochiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2,— Mark.

Dieses Buch LEO TROTZKIs ist in einer deutschen Ausgabe bereits ein-  
mal erschienen, aber seit der politischen Verurteilung TROTZKIs und  
seit seiner Ausweisung aus der Sowjet-Union nirgends mehr erhältlich.  
Die Aufzeichnungen TROTZKIs über seinen Lehrer und den Meister der  
russischen Revolution sind bei all ihrer Kürze das überzeugendste Doku-  
ment, das wir — außer in LENINs eigenen Schriften — über die Entwick-  
lung der russischen Revolution besitzen.

**Inhalts-Verselchnis:**  
Vorbemerkung — Vorwort.  
LENNIN und die alte „Iekra“:  
Rund um den Oktober. — Vor dem Oktober. — Der Umsturz. — Brest-  
Litowsk. — Die Verjagung der Konstituierenden Versammlung. — Regie-  
rungsarbeit. — Die Tschechoslowaken und die linken Sozialrevolutionäre.  
— LENIN auf der Tribüne. — Der Philister über den Revolutionär.  
Anhang: Ueber den Fünfzigjährigen. — Ueber den Verwundeten. — Ueber  
den Kranken. — Der Tote.

**Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.**  
Postcheckkonto: Berlin 818 42.

## Gönner der SA.

### Der Gerling Versicherungskonzern versichert die Nazis gegen Pleite!

Im „Tagebuch“ vom 12. November 1932 wurde berichtet, daß der Gerling-Konzern, eines der größten Versicherungsunternehmen Deutschlands, der NSDAP allein in den Jahren 1930 bis 1932 zehn Millionen Mark gespendet habe.

Dies sei eine Angabe, die in einer „offenherzigen Stunde“ von einem der Konzernleiter selber gemacht worden sei.

Auf Grund des Aufsatzes, in dem diese Behauptung enthalten war, sind — wie die Zeitschrift berichtet — viele Anfragen bei der Firma eingelaufen von Menschen, die Aufklärung verlangten, ob es wahr sei, daß der Konzern den Sinn des Versicherungsgewerbes so auffasse, daß er die Nazis gegen Pleite zu versichern habe. Bereits am 14. November begann die Konzernleitung, auf diese Anfragen zu antworten; erst am 21. November fiel ihr jedoch das Nächstliegende in solchen Fällen ein: von der Zeitschrift eine Richtigstellung zu verlangen.

Am 21. November sprach also der Direktor einer Unterabteilung des Konzerns bei der Redaktion des „Tagebuches“ vor und forderte die Richtigstellung. Die Redaktion erklärte, diese erst bringen zu können, wenn sie eine eidesstattliche Erklärung der Konzernleitung erhalten hätte, in der versichert würde, daß weder der Konzern noch eine seiner Einzelgesellschaften der NSDAP in den Jahren 1930—1932 größere Zuwendungen gemacht hätte. Der Vertreter des Konzerns versprach, diese Erklärung sofort von der Konzernleitung zu erbitten und innerhalb von 24 Stunden vorzulegen.

Es vergingen jedoch nicht einmal, sondern neunmal 24 Stunden, ehe wieder eine Nachricht vom Gerling-Konzern erfolgte, und diese Nachricht enthielt lediglich die Mitteilung, daß

daß die Konzernleitung nicht bereit sei, eine derartige Erklärung abzugeben.

Dazu schreibt uns ein „Funken“-Leser:

„Lieber Funke!

In der Nr. 51 des „Tagebuch“ las ich eine Notiz über eine Millionen-Zuwendung des Gerling Konzerns an die NSDAP. Wäre es nicht möglich, diese Unverschämtheit des Gerling-Konzerns tiefer zu hängen? Da nicht anzunehmen ist, daß alle Versicherten NS-Leute sind — ich bin es z. B. auch nicht — wäre schließlich zu wünschen, daß die Leitung des Gerling-Konzerns eine Anzahl Briefe erhält, die sie bestimmt nicht mit Freude liest.“

Noch mehr wäre zu wünschen — und das geht auch diejenigen an, die mit dem Gerling-Konzern nichts zu tun haben —, daß die Arbeiterschaft

durch eine geeinte Abwehrfront gegen den Faschismus diesen Kapitalisten, die sich nicht scheuen, Millionen für die Unterhaltung einer Knüttelgarde gegen die organisierte Arbeiterschaft auszugeben, einen gehörigen Strich durch die Rechnung macht.

### „Für Demokratie und Verständigung.“

„Reichsbanner“ und französische Kriegsteilnehmer.

Bekanntlich hat das „Reichsbanner“ seine Aufnahme in die Ciamac, die internationale Organisation ehemaliger Kriegsteilnehmer, beantragt. Der Vorsitzende der Union Fédérale des Anciens Combattants, des französischen Verbandes ehemaliger Kriegsteilnehmer, hat daraufhin an den Bundesführer des „Reichsbanners“ einen Brief geschrieben, in dem es heißt:

„Sie werden auf französischer Seite, dessen bin ich sicher, und auf jeden Fall von Seiten der Union Fédérale, den aufrichtigen Willen zu einer lebendigen Zusammenarbeit finden, die es unseren beiden Organisationen und dann auch unseren beiden Ländern erlauben wird, nicht nur in Frieden zu leben, sondern auch unter sich ein herzliches Einvernehmen zu schaffen.“

Der Bundesführer des „Reichsbanners“ teilt in seiner Antwort mit, daß nach endgültiger Erledigung des Aufnahmeantrages des „Reichsbanners“ eine „Reichsbanner“-Abordnung in Paris gemeinsam mit den ehemaligen französischen Kriegsteilnehmern für Demokratie und Verständigung kämpfen und arbeiten wolle.

### Die Untersuchung der Saalschlacht

Im Dresdner Keglerheim ist unter Hinzuziehung eines beidseitigen Schießsachverständigen inzwischen durchgeführt worden. Es wurden mehrere Geschößenschnitte am Podium und auf dem Fußboden des Saales festgestellt. Bei einem dieser Geschosse ist mit Sicherheit nachgewiesen, daß es aus der Richtung der rechten Ecke des Balkons abgefeuert worden ist, und zwar aus einem Revolver älterer Konstruktion, Kaliber 11 mm. Das Kaliber der Polizeiwaffen hat 9 mm. Die Leichen der Opfer sind noch nicht freigegeben. Die Sektion findet im Laufe des heutigen Tages statt.

### Warmbold bei den Handwerkern.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks veranstaltete am Freitag im ehemaligen Herrenhaus eine öffentliche Kundgebung, auf der Reichswirtschaftsminister Warmbold aufzählte, wieweil Gutes die Reichsregierung für das Handwerk geleistet.

Warmbold führte aus, daß alles geschehe, was möglich sei, um der Not des Handwerks zu steuern. So habe die Reichsregierung zugunsten der gewerblichen Genossenschaften Bürgschaften im Rahmen von 65 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Weiterhin seien diesen gewerblichen Kreditgenossenschaften 32 Millionen Mark als verlorene Zuschüsse zugeführt worden, und die Reichsregierung habe beschlossen, dem Reichspräsidenten vorzuschlagen, diese Hilfe um einen letzten weiteren verlorenen Zuschuß in Höhe von 28 Millionen Mark zu erweitern. Zur Deckung derjenigen Verluste gewerblicher Genossenschaften, die aus ihrem landwirtschaftlichen Kreditgeschäft erwachsen seien, würden im Zuge der Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften 20 Millionen Mark verwendet werden. Für die sogenannte Kleinkreditaktion habe die Reichsregierung der Bank für deutsche Industrieobligationen 40 Millionen Mark in Form von Reichsschatzanweisungen zugeführt, um Kredite an das mittlere und kleine Gewerbe zu ermöglichen. Die für die Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden bereitgestellten 50 Millionen Mark, deren Erhöhung um weitere 50 Millionen Mark zugesagt sei, würden vornehmlich den handwerklichen Betrieben zugute kommen. Schwierigkeiten bei der Finanzierung des durch den Zuschuß nicht gedeckten Teils von

# „Kanonen donner ist unser Gruß!“

R. L. Ein großes, nachgemachtes 42 cm-Geschöß und Schilder sind die Reklame. Es sind nicht sehr viel Besucher, die um die Abendzeit in das große, vornehme Lokal in der Nähe des Essener Hauptbahnhofs gehen. Dafür stehen desto mehr Neugierige draußen.

Ich hatte davon gehört, daß hier eine wahrheitsgetreue Nachbildung einer „Dicken Berta“, einer 42 cm-Kanone, ausgestellt sei. „Einfach faabelhaft“ hatte ein linksstehender Mann, mein Wirt, mir erzählt. Nun kam ich gerade an dem Lokal vorbei.

Durch eine Doppeltür komme ich in den Flur eines sehr gut ausgestatteten Hauses. Hier hatte bis vor kurzem eine der größten Möbelfabriken ihre Ausstellungsräume. Ob diese Räume wohl auch für eine Antikriegsausstellung zu haben sind? Durch eine zweite Tür, die mit einem Schirm abgedeckt ist (damit keiner, der nicht bezahlt hat, hereinsehen kann) komme ich an der Kasse vorbei in den Ausstellungsraum.

Ja, da steht eine wirkliche Rieskanone! Bis fast unter die Decke reicht das Biest bei flachlaufendem Rohr. Der erste Eindruck ist gewaltig. Man meint, eine riesige, schwerfällige Maschine, eine gutmütige Maschine vor sich zu haben. Aber wie kommt die bloß hierher? Es dürfen doch in Deutschland gar nicht so schwere Geschütze gebaut werden! Erst bei ganz nahem Hinsehen und beim Abklopfen stelle ich fest, daß die ganze Kanone aus Holz ist. Aber so naturgetreu ist sie nachgemacht! Jede Niete ist vorhanden.

Ich gehe etwas seitlich um das Geschütz. Da wird mir sofort wieder klar, was das hier zu bedeuten hat. Durch den ersten Eindruck war ich fast überwältigt worden. Aber hier, am hinteren Ende der „Dicken Berta“ kam der Zweck dieser Ausstellung wieder klar hervor. An dem riesigen Ladestock hing eine große Kriegsflagge. Auf der Treppe, die zum oberen Stockwerk der Ausstellungsräume führt, stand ein überlebensgroßes Bild von Hindenburg in Generalfeldmarschallsuniform. Rechts waren in einem Schrank Modelle von Artillerieuniformen ausgestellt. Die vier Angestellten, jugendliche Verwandte des Erbauers, eines norddeutschen Stellmachers, liefen ebenfalls in Felduniform herum.

Tafeln und Bilder geben über die Kanone Aufklärung. In drei Jahren wurde sie von dem Stellmacher Cherubin erbaut. Nach drei Bildern, die er hatte, hat er sich Zeichnungen angefertigt und die Teile hergestellt. Zweck der Ausstellung? Darüber stand nichts da. Ich frage einen der

Aufseher: „Was hat die Ausstellung für einen Zweck?“ „Herr Cherubin war während des Krieges Pionier.“

Er hatte einmal das Glück, eine wirkliche 42-cm-Kanone zu sehen.

Die heutige Jugend weiß ja gar nichts vom Kriege wie er war. Da wollte Herr Ch. ihnen ein Bild einer solchen Kanone geben. „Aber wie kam er denn auf diesen Gedanken? Soll das eine Demonstration für oder gegen den Krieg sein?“ „Nein, nein, nur wenn man ein solches Ding noch nie gesehen hatte, dann kann man sich das doch nicht richtig vorstellen.“

Ich ging weiter und sah mir die Bücher an, in die die Anwesenden ihren Namen schreiben können. Da hatte ich denn vor mir, was mir der Aufseher nicht sagen wollte. Die Propaganda für den nächsten Krieg sollte hiermit getrieben werden! Die Sprüche und Unterschriften sagten genug. Das Buch fing an:

„Wenn 1000 einen Mann erschlagen,  
Das ist nicht Ruhm, das ist nicht Ehr,  
Denn heißen wird's in späten Tagen:  
Gesiegt hat doch das deutsche Heer.“

Wenn wir auf dem heutigen Wege weitergehen, wird das wohl einmal eintreten. Diese Geschichtsfälschung wäre sicher auch noch nicht einmal die schlimmste. — Es folgen dann seitenweise Unterschriften, Namen, Daten und Zeichen. Das „Heil Hitler“ darf natürlich nicht fehlen und ist auf fast jeder zweiten Seite zu finden. Aber auffallend sind die vielen Kinderhandschriften. Ich sah mal genau hin und stellte fest, daß ständig

ganze Schulklassen mit ihrem Lehrer die Kanone besichtigt hatten.

Das ist die heutige Erziehung durch die Schulen. Und dafür müssen die Eltern, die womöglich noch arbeitslos sind, ihre Groschen hergeben, um den Kindern zu ermöglichen, einen Schulausflug mitzumachen.

Das Buch ist eine wahre Fundgrube. Es dokumentiert den heutigen Kulturzustand in Deutschland. Ich will nur noch zwei Stellen daraus anführen, die ich gerade wahllos aufschlug.

„Mit der „Dicken Berta“ für ein besseres Deutschland.“  
„Kanonen donner ist unser Gruß.“

Diese Stimmung zu erzeugen, daß ist der wirkliche Zweck einer solchen Ausstellung. Arbeiter, meidet solche Ausstellungen!

Sämtliche von der KPD (Unterbezirk Leipzig) und von den ihr angeschlossenen Organisationen bereits einberufenen oder geplante Veranstaltungen unter freiem Himmel, besonders Straßenumzüge, hat der Leipziger Polizeipräsident bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung verboten.

### Kraftwagendemonstration in Wien.

Lahmung des Verkehrs in der Innenstadt.

In Wien füllten sich die Verkehrsknotenpunkte plötzlich mit Autodroschken, die aus verschiedenen Richtungen kamen und stehen blieben. So konnten auch andere Wagen nicht weiterfahren. Die Sache war gut organisiert: mit einem Schlag stand der Verkehr still.

Es handelt sich um eine Demonstration der Kraftdroschkenbesitzer gegen Steuern und Zwangseintreibung.

### Morgenveranstaltung des „Funken“.

Am Sonntag, dem 5. Februar, um 11 Uhr, findet in der „Kamera“, Unter den Linden 14, eine Morgenveranstaltung des „Funken“ statt mit dem Thema:

### Achtung des Krieges!

Unter anderen haben ihre Mitwirkung in Aussicht gestellt: Ernst Busch, Ernst Glaeser, Alexander Granach, Erich Mühsam, Theodor Plivier, Agnes Straub.

Der Preis der Eintrittskarten beträgt 1.— Mark und 1,50 Mark, für Erwerbslose 0,50 Mark. Karten können im Vorverkauf bezogen werden bei der Internationalen Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Außerdem bei den Verkäufern des „Funken“. Der Reinertrag geht dem Pressefonds des „Funken“ zu.

### Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken“.

J. D. in M.-Q. 3.— M.; P. S. in M. 18.— M.; P. S. in B. 2.— M.; M. L. in E. 10.— M.; P. B. in J. 3,50 M.; E. P. in S. 15.— M.; T. H. in K. 25.— M.; G. E. in K. 10.— M.; H. E. in K. 20.— M.; F. W. in S. 20.— M.; L. K. M. in L. 30.— M.; P. S. in F. 10.— M.; W. S. in D. 14.— M.; L. H. in K. 41,80 M.; E. K. in B. 10.— M.; M. M. in B. 3.— M.; H. H. in E. 1,50 M.; T. H. in K. 50.— M.; Sammlung W. 12,22 M.; M. F. in Q. 5.— M.; K. T. in D. 4.— M.; R. L. in B. 65,50 M.; S. K. in B. 20.— M.; H. S. in B. 30,12 M. Besten Dank. Einheits! Redaktion und Expedition des „Funken“.

80 Prozent würden hoffentlich mit Hilfe des Reichs in Kürze beseitigt sein.

### Die Nachprüfung der beanstandeten Osthilfe-Fälle.

Der Unterausschuß des Haushaltsausschusses des Reichstages stellte am Freitag in vertraulicher Sitzung einen Arbeitsplan für die Nachprüfung der beanstandeten einzelnen Osthilfefälle auf. Der Ausschuß wird sich die Unterlagen vorlegen lassen, und die wichtigen Einzelfälle selber nachprüfen. Ueber die übrigen Fälle wird ein Gutachten eingeholt werden, an dessen Aufstellung auch der Rechnungshof des Deutschen Reiches beteiligt ist. Der Unterausschuß will seine Arbeiten möglichst beschleunigen; er wird am Dienstag nächster Woche wieder zusammentreten.

### Preußen beschafft Arbeit!

Ein Mann hat schon welche!

Der Geheime Regierungsrat Ministerialrat Dr. Kügler im preußischen Ministerium für Arbeit und Wirtschaft ist als preußischer Vertrauens- und Verbindungsmann beim Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung bestellt worden. Durch diese Maßnahme soll für das Land Preußen und seine Gemeinden und Gemeindeverbände ein einheitliches Vorgehen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung gewährleistet werden.

Die Fragen der Arbeitsbeschaffung sind, wie von zuständiger preußischer Seite mitgeteilt wird, von den preußischen Stellen mit allem Nachdruck in Angriff genommen worden. Das haben wir schon manches liebe Mal gehört.

## Weißt Du noch?

... im November 1920 faßte der Internationale Gewerkschaftsbund ... eine Resolution, worin klipp und klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, den Krieg zu bekämpfen mit allen Mitteln, einschließlich des Mittels des internationalen Generalstreiks, und daß es Aufgabe der Organisationen sei, noch bevor die Gefahr drohe, durch eine fortgesetzte und systematische Propaganda die Arbeiterschaft mit einem anti-kriegsgerichten Geist zu durchdringen, damit sie bereit und imstande sei, im Falle einer drohenden Kriegsgefahr die für den Kampf nötigen Opfer zu bringen.“ (Edo Fimmen.)

In Oberursel im Taunus wurde im Jahre 1932 von allen proletarischen Organisationen folgende Resolution gefaßt:

„Oertlich verpflichten sich alle Mitglieder der unterzeichneten Organisationen, gegenseitig ihre Versammlungen nicht zu stören, sondern den Versammlungsschutz gegenüber evtl. Störungen zu übernehmen, sowie gegenseitig sich ihre Plakate zu schützen.“

Politische Meinungsverschiedenheiten der Mitglieder proletarischer Parteien untereinander bei Gegnern haben zu unterbleiben. Bei allen Diskussionen mit Gegnern treten die Mitglieder der unterzeichneten Organisationen als Einheit auf. In großen, gemeinsam zu veranstaltenden Kundgebungen und Demonstrationen ist dem Bürgertum die zahlenmäßige Überlegenheit vor Augen zu führen.

Die Versammelten betrachten es bei einem evtl. Angriff der Faschisten als ihre Pflicht, sämtliche Einrichtungen der Arbeiterschaft, gleich welcher Richtung, zu schützen und zu verteidigen.

Die gewählte Kampfleitung wird aufgefordert, alle Geschäftsleute, die Mitglieder der NSDAP sind und solche, die mit ihr sympathisieren, in geeigneter Weise zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen.

Die Versammlung gelobt, einig zusammenzustehen, bis der Faschismus geschlagen am Boden liegt.

Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Oberursel; Sozialistische Arbeiterpartei, Ortsgruppe Oberursel; Kommunistische Partei, Ortsgruppe Oberursel; Eiserner Front, Oberursel; Antifaschistischer Kampfbund, Oberursel.“

### Ludwig Renn,

der seit Ende November unter der Anschuldigung des Hochverrats verhaftet war und nicht amnestiert wurde, ist am Sonnabend aus der Haft entlassen worden.

### Noch immer Kindersegen.

In fürchterlich albern anmutenden Sätzen fordert das Zentrum den besonderen Schutz von Leuten, die auch heute noch eine große Anzahl von Kindern in die Welt setzen. Diese ausgedehnten Familien sollen vom Staat entschädigt werden durch einen „Ausgleich der höheren Aufwendungen, die kinderreiche Familien durch Unterhalt, Erziehung und Ausbildung der Kinder im Interesse der Allgemeinheit tragen“. Den Leuten, die noch nicht viele Kinder haben, patert man vor, sie seien von Gott gewünscht, und zum Schluß soll dann die geplagte „Allgemeinheit“ sich der Kinder annehmen.

Besonders wichtige Ziele hat sich der Neustrelitzer Ortsausschuß für das Netzwerk der deutschen Jugend gesetzt. Unter Führung von Lehrern und Oberlehrern wurde beschlossen, daß außer der Sorge für warme Mittagspeisung und für Bildung in ganz Mecklenburg Haushaltskurse für die weibliche Jugend und

der Bau von Segelflugzeugen

in Angriff genommen werden sollen.

# Skandalgeschichten und ein Skandal.

## Laßt Euch nicht ablenken! Deckt den Skandal auf.

Seit einiger Zeit bringen fast alle linken Zeitungen in Deutschland Skandalgeschichten aus Ostelbien. Man hört von dem Kammerherrn von Oldenburg - Januschau, der die Osthilfe als Hilfe dazu benutzte, um sich zu drei Gütern ein viertes hinzuzukaufen. Man hörte, daß Leiter der Osthilfe-Landstellen ihre Güter gegenseitig entschuldete haben. Man hörte, daß Hermine Osthilfe-Mittel in Anspruch genommen hat; das wurde dahin berichtet, daß sie sie in Anspruch nehmen wollte. Man hörte, daß Großgrundbesitzer unter dem Schutz des Sicherungsverfahrens sich neue Autos kaufen und neue Jagden zupachten, daß sie sich nicht scheuen, Osthilfe-Mittel in Anspruch zu nehmen, ihre Gläubiger und Lieferanten nicht zu bezahlen und dann im Mercedes an die Riviera zu fahren.

Man sah in einen Sumpf. In diesem Sumpf sitzen alle, die jene Skandale und Skandalchen decken, die die Aufklärung im einzelnen verhindern und die nicht deutlich von jenen hochwohlgeborenen Herren abtrocknen, die man nicht anders bezeichnen kann denn als freche und gewissenlose Ausbeuter.

Manche stehen anscheinend unvorbereitet und überrascht vor diesem Sumpf. Der Haushaltsausschuß des Reichstages errichtete gegen den Widerspruch der Deutschnationalen einen Unterausschuß, um den einzelnen Skandalen nachzugehen, — eine nützliche und notwendige Arbeit, deren Bedeutung für die Aufklärung der Öffentlichkeit über jenen Sumpf wir nicht verkleinern wollen. Aber: Ueber den Skandalen, über der Fülle der Skandale darf nicht vergessen werden:

## Der alte Skandal im Osten.

In Heft 1 des ersten Jahrgangs des „ISK“, im Januar 1926, forderten wir zur endgültigen Hebung der damaligen Krise eine „Operation, die den Krankheitserreger aus dem Wirtschaftskörper herauschneidet“. Wir bezeichneten schon damals das Großgrundigentum als einen „kranken Krankheitserreger“. „Es wäre schon längst zu Grunde gegangen, wenn es sich nicht in den letztvergangenen Jahrzehnten auf Grund seiner politischen Macht dauernd ‚Liebesgaben‘ hätte verabreichen lassen. Diesem kranken Krankheitserreger sollte man den Gnadenstoß geben!“

Wir fuhren damals fort: „Warum verlangt das kaum jemand in Deutschland? In einem demokratischen Staat entscheidet über das, was geschehen soll, nicht Sachlichkeit und Sachkunde, sondern Parteiinteresse und Voreingenommenheit des parteimäßig Stärksten. Nun gibt es zwar eine starke Partei der Großgrundbesitzer . . . . Aber es gibt keine Partei derer, die unmittelbar an der Zerschlagung des Großgrundbesitzes interessiert sind. Da ist es kein Wunder, daß man in Deutschland und anderwärts nur Pflaster auf die einzelnen Wunden klebt, aber den Krankheitserreger unbehelligt läßt, ja, sogar pfleglich behandelt.“

## Die pflegliche Behandlung des Krankheitserregers.

Seit wir dies schrieben, haben kapitalistische Giftmischer sieben Jahre lang den deutschen Wirtschaftskörper weiter behandelt, genau nach jenem verbrecherischen Rezept: „Sie haben Pflaster auf die einzelnen Wunden geklebt und den Krankheitserreger pfleglich behandelt. Das ist der Skandal, den es aufzudecken gilt.“

Es ist ein Skandal, der weit in die Vorkriegszeit zurückreicht. Zu seiner Vorgeschichte gehört, daß — unter Umgehung der ursprünglichen Stein-Hardenbergschen Pläne durch die damalige Großagrarien-Fronde — aus der Bauernbefreiung in Ostdeutschland weitgehend eine Befreiung der Bauern vom Lande wurde. Eine der ersten Etappen des Skandals bildet jene Dauersitzung des Reichstages, in der unter dem Reichskanzler Bülow der Zoll für den Doppelzentner Weizen auf 5,50 Mark, für den Doppelzentner Roggen auf 5 Mark erhöht wurde. Wir erinnern: Die Sozialdemokraten übten damals schärfste Obstruktion im Reichstag. Sozialdemokratische Redner waren darauf vorbereitet, zu jeder der nahezu tausend Nummern des neuen Zolltarifs das Wort zu ergreifen. Die Dauersitzung des Reichstages, in der jene Getreidezölle schließlich angenommen wurden, dauerte vom 13. Dezember 1902, 10 Uhr morgens, bis zum 14. Dezember, 4 1/2 Uhr morgens. Das deutsche Volk hat damals eine parlamentarische Schlacht gegen die Großagrarien verloren. Die Sozialdemokraten standen gegen die Großagrarien. — Das war einmal.

An dem Skandal im Osten sind heute alle Reichstagsparteien beteiligt außer der Kommunistischen Partei. Die Sozialdemokraten haben noch am 26. März 1931 für die Zollermächtigung gestimmt, auf Grund deren mit Hilfe phantastischer Getreidezölle, die das Mehrfache des Weltmarktpreises ausmachten, Getreide und damit Brot in Deutschland maßlos verteuert werden. (Das im Erntejahr 1931/32 in Deutschland produzierte und nach Deutschland eingeführte Getreide ist um rund 900 Millionen Mark gegenüber dem Weltmarktpreis überteuert worden.)

## Jahrzehntelang: Agrarierpolitik statt Agrarpolitik.

Es ist eine Lüge, daß diese Hochhaltung der Getreidepreise eine Hilfe für die deutsche Landwirtschaft ist. Für die Bauern wäre es weit wichtiger, für Vieh und Viehprodukte gute Preise zu erzielen. (Nach den Feststellungen von Sering entfallen von den Einnahmen der östlichen Familienbetriebe etwa 33 Prozent auf Feldfrüchte — davon längst nicht alles auf Getreide! — 38 Prozent auf die Schweinehaltung, 24 Prozent auf die Rindviehhaltung und 5 Prozent auf sonstige Einnahmen.) Die Preise für Vieh liegen heute bei zwei Drittel des Vorkriegsstandes. Viele Bauern werden überdies gerade durch die heutige Agrarpolitik in den Ruin hineingestoßen, dadurch, daß sie zu Zwangskunden für die teuren Futtermittel der Junker gemacht werden; sie werden gezwungen, statt billigen Auslandsgetreides teuren eosingefärbten Roggen zu verfüttern.

Sind aber nicht die Getreidepreise neuerdings gesunken? Ja! Und zwar, weil die Mittel der Agrarierpolitik zur Hoch-

haltung der Getreidepreise allmählich stumpf geworden sind. Sie reichen nicht mehr aus, um gegen die Folgen eben dieser Agrarierpolitik sich durchzusetzen: gegen Ausdehnung der Anbaufläche und Schrumpfung der Massenkaukraft. Das Konjunkturforschungs-Institut hat aber recht, wenn es in seinem Wochenbericht vom 25. Januar schreibt: „Zwar lagen die Preise für Getreide im Jahre 1932 niedriger als im Vorjahr. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß

sich, relativ betrachtet, die Getreidepreise gebessert haben. Schon seit 1930 sind sie, gemessen an der gesamten Großhandelsindexziffer und besonders im Vergleich zu der Indexziffer für Agrarerzeugnisse, dauernd gestiegen.“

Dieses Hochtreiben der Getreidepreise reichte auch in Verbindung mit vielen Hilfsmaßnahmen nicht hin, um die Träger konservativer Gewinnung, die ostelbischen Junker, in Deutschland zu konservieren. Darum kam:

## Die neueste Auflage des alten Skandals: die Osthilfe.

Eine Osthilfe nach der anderen wurde beschlossen. Die heutige große Osthilfe, durch die über eine Wertsumme von mehr als 1 Milliarde Mark verfügt wird, ist ja keineswegs die erste. Schon 1928 gab es eine Ostpreußenhilfe. Wer erinnert sich noch daran? Auch die Geschichte der heutigen Osthilfe ist wenig bekannt. Sie ist sehr lehrreich. Darum seien ihre Hauptabschnitte hier gekennzeichnet.

Im Sommer 1930, als Brüning die Osthilfe-Aktion in Gang brachte, war es allgemeine Ansicht, daß ein erheblicher Teil des ostelbischen Großgrundigentums nicht oder doch nicht in den heutigen Händen zu halten sei. Die Osthilfe sollte für sanierungsfähige und sanierungswürdige Güter eine Hilfe sein; die übrigen sollten durch Konkurs oder auf anderem Wege ihre Besitzer wechseln; man erwartete mit Recht den Anfall von viel Siedlungsland. Die preußische Regierung arbeitete damals in der Osthilfe mit. Sachverständige aus dem Personal der Preußenkasse wurden zur Prüfung der Sanierungsfälle stark herangezogen. Sie sollten an der Bereinigung des Ostens helfen durch Ausmerzungen von sanierungswürdigem Großgrundigentum.

Oho!, sagten die Junker. Ein Sturm gegen die Preußenkasse begann.

Sie erlag ihm endgültig erst unmittelbar nach dem Sturz der Preußenregierung am 20. Juni 1932; diese Rache war sicher süß! — Schon im Herbst 1931 wurde die preußische Regierung aus der Osthilfe ausgeschaltet, und der Apparat der Osthilfe wurde nach den Wünschen der Großagrarien besetzt, wohl nach dem Motto: Keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus. — Brüning hielt sich im agrarischen Sturm, weil er nachgab.

Schlange-Schöningen wurde Osthilfe-Kommissar. Er nahm den Gläubigern der Großagrarien durch die Notverordnung vom 17. November 1931 fast jegliche Rechte. Dagegen hatten die Großagrarien natürlich nichts einzuwenden. Als er dann an den anderen Teil der Aufgabe ging, die er sich gestellt hatte: an die Ausmerzungen der nicht sanierungsfähigen Betriebe, da erhob sich von neuem die großagrarische Fronde.

Schlange-Schöningen wurde als „Agrarbolschewist“ verjagt,

nachdem er gerade noch verraten hatte, daß bei Durchführung seines Sanierungsplanes im Osten 2 Millionen Morgen für die Siedlung frei würden. Mit ihm stürzte Brüning. Das war im Juni 1932.

Seitdem herrscht im Reichsernährungsministerium, das nun auch für Siedlungsfragen zuständig gemacht worden ist, der Freiherr von Braun, der sich wohl dadurch als besonders geeignet empfand, daß er früher Generaldirektor der zusammengebrochenen Raiffeisen-Bank A.-G. war. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt (am 26. Januar), man habe im Osten „das Gefühl, daß der Handel ganz bewußt und planmäßig zwischen seinen gesicherten agrarischen Schuldnern und seinen auf Rückzahlung drängenden Gläubigern zerrieben werden soll: damit die Konkurrenz der ländlichen Genossenschaften, die längst durch Auszahlung ihrer gegenüber den Entschuldungsbetrieben bestehenden Forderungen abgefunden ist, um so leichter das Feld behaupten kann . . .“ Möglich, daß dieser angenehme Nebenerfolg bei der großagrarischen

Ostpolitik herauspringt. Siedlung darf auf keinen Fall herauspringen. In einer einstimmig angenommenen Resolution der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen von Ende November heißt es: „Unter allen Umständen“ müsse die Auf-siedlung verhindert werden; die Regierung habe „unzweideutig“ zu erklären, daß sie nicht auf der Durchführung derartiger Absichten bestehe.

Schleicher aber erklärte in seiner Rundfunkrede, bald nach Amtsantritt, er sei für Siedlung. Infolge eines Redaktionsfehlers sprach er von 800 000 Morgen in Ostpreußen für Siedlung frei werdenden Land, statt von 80 000 Morgen. Die ostpreußischen Junker hörten das. Das Grauen packte sie. Ihre Vorkämpfer mieteten ein paar Flugzeuge und flogen noch in der Nacht nach Berlin, um ihren Kollegen Hindenburg (den Gutsherrn von Neudeck) die neueste Schandtat seines Generalkollegen frisch aufs Frühstücksbrot zu schmieren. — Wenn die Geschichte nicht stimmt, so ist sie doch gut erfunden!

Jedenfalls ist

Schleicher für die Großagrarien und ihren Anhang nach und nach zu dem „Agrarbolschewisten“ geworden, den es zu stürzen gilt.

Der Fall Brüning wiederholt sich! Schleicher hat die nicht sanierungsfähigen ostelbischen Großbetriebe nicht in die Verlängerung des Vollstreckungsschutzes einbezogen. Diesen „Mangel“ korrigieren die Herren im Osten vorläufig selber, indem sie die Landstellen langsam arbeiten lassen; diese nehmen sich einfach Zeit, bis sie einen Betrieb als sanierungsunfähig erklären, und so lange ist er gesichert. Bisher ist nur sehr wenig Land aus dem Sicherungsverfahren wieder herausgekommen. Das übrige wird dort gegen Siedlung gesichert.

Mit Zähnen und Klauen verteidigen die ostelbischen Junker ihre ökonomisch längst morsche Stellung.

Vom Mißbrauch der Osthilfe wird im Zusammenhang mit den Skandalgeschichten gesprochen. Es gilt aufzufassen:

Die Osthilfe ist ein einziger großer Mißbrauch am Volksvermögen, an den Steuergroschen und an der Kaufkraft der Arbeiter und Bauern.

Der verbrecherischen ökonomischen Giftmischererei beschuldigen wir alle diejenigen, die auch nur einen Finger rühren zur Erhaltung des Großgrundigentums in Deutschland. Dieses ist die Pestbeule am Körper der deutschen Wirtschaft, der übrigens auch sonst nach Eiterbeulen stinkt. Diese Pestbeule gilt es endlich auszubrennen. Daß sie mit allen Mitteln erhalten wird, das ist ein entscheidender Grund für die Schärfe dieser Wirtschaftskrise, für die Not von Millionen, das ist der größte Skandal den es gegenwärtig in Deutschland gibt.

Das Großgrundigentum ist ein entscheidendes Bollwerk des Kapitalismus. Wer es stützt — auch wenn er nichts daran verdient und nicht im Mercedes an die Riviera fährt — ist unser Feind.

Weg mit dem großagrarischen Bollwerk des Kapitalismus! Und: Weg mit den ökonomischen Giftmischern, die es auf unsere Kosten erhalten wollen!

Hellmut Rauschenplat.

## Närmil.

### Ein Nahrungsmittel für Massen und Milchproduzenten?

Die Lage der deutschen Milchwirtschaft ist trostlos. Bei der sinkenden Massenkaukraft ist das kein Wunder. Der Frischmilch-Absatz war im November 1932 um 10 Prozent niedriger als im November 1931. Der Absatz an hochwertiger Flaschenmilch ist von November 1931 bis November 1932 in Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein um mehr als 25 Prozent zurückgegangen. Von 100 Litern in Molkereien angelieferter Milch werden durchschnittlich nur noch 31 Liter frisch abgesetzt, während 64 Liter zu Butter und Rahm und 4 Liter zu Käse verarbeitet werden. Bei der Butterproduktion fallen jährlich rund 7 Milliarden Liter Magermilch ab; für diese Menge besteht zur Zeit der fallenden Fleischpreise keine rentable Verwendungsmöglichkeit mehr, weil es sich nicht lohnt, die Magermilch im früher üblichen Ausmaß zu verfüttern.

Was geschieht da neuerdings zur Behebung dieser mißlichen Lage? Das Reichsernährungsministerium versucht, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Aus der Magermilch wird ein neues „Massennahrungsmittel“ hergestellt, das die hungrigen Mägen derjenigen stopfen soll, die kein Geld haben, sich Milch und Milchprodukte zu kaufen; der Absatz dieses neuen Nahrungsmittels soll die Lage der Milchproduzenten bessern.

„Närmil“ heißt das neue Nahrungsmittel für Massen und Milchproduzenten. Es besteht aus Magermilchpulver, das im Zerstäubungsverfahren gewonnen wird, und aus Lecithin, einem sogenannten „Nervennahrungsmittel“, das aus Sojabohnen hergestellt wird. Mit „Närmil“ lassen sich, so sagen die bezahlten Propagandisten, eiweißhaltige, nahrhafte Suppen kochen, von denen 6 Teller 25 Pfennig kosten.

Eine Kostprobe in der Küche der „Funken“-Redaktion ergab ein wässriges, nach nichts schmeckendes Etwas. Ob es nahrhaft ist, wissen wir nicht. Daß es nützlich wäre, die Nährstoffe der Magermilch menschlicher Ernährung dienstbar zu machen, bestreiten wir keineswegs, bezweifeln nach dieser Probe aber vorläufig, daß „Närmil“ zu viel mehr

dient als zur Beschäftigung von Beamten im Reichsernährungsministerium, die diesen neuesten Plan zur Rettung der Landwirtschaft ausgeklobelt haben, und derer, die daraufhin die „Indula“ (Industrie für landwirtschaftliche Ernährungserzeugnisse G. m. b. H.) in Gang gesetzt haben und davon leben.

Es wird natürlich ganz vom Ausmaß seiner Verwendung abhängen, ob „Närmil“ ein Nahrungsmittel für die Milchproduzenten ist. Als solches versuchte es das Vorstandsmitglied der Reichskreditgesellschaft, Dr. Fischer, kürzlich hinzustellen, in einer Presseveranstaltung im ehemaligen Herrenhaus, die der Propaganda für „Närmil“ diente. Er schätzte

den jährlichen Mehrertrag aus einer Kuh bei Verarbeitung der Magermilch zu „Närmil“ auf 72 Mark.

Er ging so weit, in „Närmil“ eine Möglichkeit zur Wiederbelebung des landwirtschaftlichen Kredits zu sehen. Sehr optimistisch, Herr Doktor! Die deutsche Landwirtschaft mit „Närmil“ hochzupäppeln, ist ein hoffnungsloses Unternehmen. „Närmil“ könnte bestenfalls eine geringe Linderung des Elends der hungrigen Massen und der Notlage der Milchproduzenten bringen. Aber zur Behebung des Massenelends und der Notlage der Milchproduzenten ist ein anderes Mittel notwendig, und das heißt:

Stärkung der Massenkaukraft! Schluß mit der Agrarpolitik zu Gunsten der ostelbischen Pleite-Barone!

Bay.

### Druckfehlerteufel im Bündnis mit den Autarkisten.

In Nr. 307 teilten wir unter der Überschrift „Deutschland“ mit, daß Pläne bestehen, Deutschland nun auch noch in Bezug auf Erdöl autark zu machen. Der Druckfehlerteufel hat den Irrsinn jener Autarkisten leider dadurch milder erscheinen lassen, daß es in unserer Mitteilung heißt: „1931 wurden in Deutschland 229 000 Tonnen Erdöl gewonnen und 235 000 Tonnen eingeführt.“ In Wahrheit wurden nämlich 2 935 000 Tonnen eingeführt.